

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 120.

Montag, den 26. Mai 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Aus dem Anfang der Arbeiterbewegung.

Zum 50. Geburtstag der Partei von August Bebel.

III.
(Schluß.)

Bismarck hat bei der ersten Beratung des Entwurfs eines Sozialistengesetzes am 17. September 1878 mir gegenüber bestritten, daß er Eichler eine solche Aussicht gemacht habe. Daß Eichler sich in seinen Diensten befand, gab er zu; er bestritt aber, daß meine Angaben bezüglich der Produktiv-Association richtig seien, weil er erst am 23. September 1862 ins Ministerium getreten und also unmöglich zu jener Zeit schon mit Eichler solche Abmachungen habe treffen können. Ich will konstatieren, daß mir damals der Irrtum unterlaufen war, die Zusammenkunft mit Eichler in Leipzig in den September zu verlegen, während sie tatsächlich erst im Oktober und zwar im Joachimsthal in der Hainstraße stattgefunden hatte. Auch hatte Bismarck nicht nötig, Eichler selbst seinen Plan auseinanderzusetzen. Das wäre sogar höchst unklug von ihm gewesen. Der Zweck ließ sich mit dem gleichen Erfolg auch durch einen andern erreichen, und in dem Geheimen Rat Hermann Wagner besaß Bismarck eine Vertrauensperson, die dergleichen Geschäfte weit besser einfädeln konnte, als er. Im übrigen aber erklärte Bismarck in jener Rede am 17. September 1878, zum größten Entsetzen der Bamberger und Genossen, daß er auch heute noch nicht von der Unzweckmäßigkeit der Gründung solcher Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe überzeugt sei und kein Verbrechen darin erblicke, wenn ein Staatsmann den Arbeitern zu dem Behufe, eine Produktivgenossenschaft zu bilden, Staatshilfe gewähre.

Eichler fiel mit seinen Vorschlägen, bei uns gründlich ab. Von den Anwesenden war nur Fritzsche bereit, eventuell sich näher auf diese Vorschläge einzulassen.

Betrachtet man, daß Lassalle erst in seinem im März 1863 veröffentlichten Antwortschreiben an das Leipziger Komitee den Plan der Gründung von Produktivgenossenschaften durch Staatshilfe und die Notwendigkeit des allgemeinen Stimmrechts entwickelte, so muß es auffallen, daß ein Eichler schon 6 Monate früher mit solchen Ideen hervortreten konnte. Allein dieser Widerspruch ist mir sehr erklärlich, nur würde es mich zu weit führen, mich hier auf eine ausführlichere Darstellung einzulassen.

Im allgemeinen nahmen in und außerhalb des Komitees die Dinge einen Verlauf, daß ich mich bei meinen damaligen Anschauungen damit nicht befreunden konnte. Ich schied aus dem Komitee aus. Als dann später Wahlrecht und Fritzsche, die als Deputation nach Berlin geschickt wurden, um mit den Führern der Fortschrittspartei zu verhandeln und festzustellen, wie diese zur Forderung des allgemeinen Stimmrechts und zum erleichterten Beitritt der Arbeiter zum Nationalverein ständen, hier eine sie nicht befriedigende Antwort erhielten, wandten sie sich an Ferdinand Lassalle, der ihnen bereitwillig entgegenkam und in dem berühmt gewordenen Antwortschreiben sein Programm entwickelte.

Noch ehe dieses Antwortschreiben erschienen war, hatte ich als Festredner auf dem zweiten Stiftungsfest des Gewerblichen Bildungsvereins, Februar 1863, mich gegen das allgemeine Wahlrecht erklärt und damit gegen die weiter gehende Richtung in der Bewegung Stellung genommen. Doch änderte sich meine damalige Ansicht über das allgemeine Stimmrecht bald.

Lassalles Antwortschreiben an das Leipziger Komitee schlug wie eine Bombe ein. Die gesamte liberale und demokratische Presse nahm einmütig Stellung gegen Lassalle, und es hagelten die Angriffe und Beschuldigungen auf ihn hernieder, so weit die deutsche Zunge klang. Die konservative Presse sah diesem Kampf mit unverschämter Schadenfreude zu, was dann wieder für die liberale und demokratische Presse Veranlassung war, Lassalle zu beschuldigen: er arbeite im Dienste der Reaktion.

Im Leipziger Gewerblichen Bildungsverein, in dessen Vorstand ich seit 1862 eingerückt war, gewann Lassalle, soweit ich mich erinnere, nicht einen Anhänger, wobei ich ausdrücklich konstatieren möchte, daß ich selbst mehrere Dutzend Exemplare des Antwortschreibens im Gewerblichen Bildungsverein vertrieben habe. Im Verein vorwärts provozierte aber das Antwortschreiben eine Spaltung. Unter Führung Professor Roggmaßlers trat eine Minorität aus und nahm mit uns den Kampf gegen die Lassalle'schen Ideen auf. Lassalle selbst suchte seiner Sache dadurch den nötigen Glanz zu geben, daß er auf Einladung des Leipziger Komitees sich entschloß,

nach Leipzig zu kommen und hier am 16. April in einer Arbeiterversammlung im Odeon zu sprechen. Diese Rede ist später unter dem Titel: Zur Arbeiterfrage gedruckt erschienen. Die Versammlung war sehr stark besucht, doch entfernten sich viele vor dem Schluß. Der Rednertribüne gegenüber auf der Galerie hatte sich ein starker Haufe Liberaler versammelt, der Lassalle während seiner Rede häufig unterbrach. Lassalle selbst stand in herausfordernder Haltung auf der Rednertribüne, die er mit Folianten und Büchern rings um sich belegt hatte. Zeitweilig steckte er die Finger in die beiden Westentaschen, eine Haltung, die nicht sehr sympathisch erschien. Weit lebhafter als der Widerspruch war der Beifall, den er fand, doch möchte ich nicht zugeben, daß der Erfolg ein durchschlagender war. Jedenfalls wurde an den Machtverhältnissen in der Leipziger Arbeiterschaft zunächst nicht viel geändert. Seine Anhänger bildeten eine Minorität, mit der wir uns von jetzt ab im lebhaftesten Kampfe befanden, in einem Kampfe, in dem die Kampfmethoden hüben und drüben nicht wieder die gewähltesten waren.*

Dieser Kampf tobte von jetzt ab mehr als zehn Jahre zwischen den verschiedenen Lagern, in die die deutsche Arbeiterklasse durch Lassalles Auftreten und das seiner Nachfolger geteilt war. In diesem Kampfe wurde ein großer Teil unserer besten Kraft, unserer Zeit und unserer nie zu reichlichen Mittel verbraucht. Aber man hat in diesem Kampfe sich schließlich hüben und drüben zu voller Klarheit durchgerungen, und so wurde, was anfangs ein großer Verlust schien, ein Gewinn für die Bewegung. Meinungskämpfe bleiben keiner Arbeiterbewegung erspart, sie konnten ihr am allerwenigsten in dem Deutschland der sechziger Jahre erspart bleiben.

Die ökonomische Entwicklung war im Anfang der Bewegung noch so rückständig und die politischen Zustände Deutschlands so traurig und so total zerfahren, daß es sehr sonderbar hätte zugehen müssen, wenn in dem Kampfe, den Liberalismus und Demokratie gegen die bestehenden Zustände führten, sie nicht die Sympathien fast der gesamten Arbeiterklasse auf ihrer Seite hatten.

Den Arbeitern aber zu beweisen, daß dieser Kampf seitens der bürgerlichen Parteien ein unehrlicher sei, daß es sich dabei für sie nur um Klassenworte handele und die Kämpfe gegen die preussische Regierung, die sich später in Bismarck personifizierte, der es in kurzer Zeit verstand, das vollste Maß des Hasses auf sich zu vereinen, nur mehr oder weniger Scheinkämpfe seien mit unbefriedigenden Zielen, das wurde selbst einem Lassalle bitter schwer, ja bei der großen Mehrzahl unmöglich. Um in der Arbeiterklasse endlich Klarheit zu schaffen, dazu war nötig, daß die Dinge sich so gestalteten, wie sie sich gestaltet haben. Es mußte die Halbheit und Unzuverlässigkeit des Liberalismus durch entsprechende Taten oder auch Nichttaten erst nach allen Seiten in das hellste Licht gesetzt werden, ehe die sozialistische Bewegung einen erheblichen Anhang und eine bemerkenswerte Ausdehnung erlangen konnte. Insbesondere bewirkte aber die rasche kapitalistische Entwicklung, die in den sechziger Jahren und in noch höherem Maße in der ersten Hälfte der siebziger Jahre sich vollzog, den Umschwung in den Anschauungen der Arbeiterklasse und führte schließlich die Verständigung und Einigung der streitenden Teile herbei.

Wohl waren die Mühen und die Arbeit groß und die Sorgen schwer, die in dem langen Kampfe nach zwei Seiten den Kampfführenden erwuchsen, aber der schließlich Erfolg belohnte reichlich und machte die Partei unüberwindlich. Als dann die Regierungen und herrschenden Klassen versuchten, durch Gewaltmaßnahmen die sozialistische Bewegung zu erdrosseln, war es längst dazu zu spät. Der Brand, den Lassalle im Jahre 1863 in die Massen geworfen, hatte gezündet. Und wenn es auch ganz anders gekommen ist, als er in seiner Feuerseele sich vorgestellt und wir alle einst dachten, die Bewegung ist längst zu einem Faktor geworden, der unsere innere und äußere Politik in hohem Grade bestimmt, und sie wird mit jedem Tage mehr zum maßgebenden Faktor, bis sie früher oder später zu dem alles beherrschenden Faktor wird.

Fünzig Jahre des Kampfes sind über uns dahin gerauscht, und wir sind seitdem die weitaus stärkste Partei in Deutschland geworden. Geht es weiter wie bisher — und die Kugel ist im Rollen — wird es nicht allzu lange mehr währen, und wir pflanzen unsere Fahnen auf den Wällen unserer Gegner auf.

*) Am 6. Feb.: Am 23. Mai 1863 fand dann die Gründung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins im „Panthéon“ in Leipzig statt. Vertreten waren 11 Städte, und zwar Leipzig, Hamburg, Harburg, Düsseldorf, Köln, Solingen, Barmen, Frankfurt a. M., Mainz, Elberfeld und Dresden. Bebel selbst war bei der Gründung nicht zugegen. Unseres Wissens lebt von den 12 Delegierten nur noch Bahleisch, der unseren Genossen bekannt ist.

Politische Rundschau.

Deutschland.

„Sozialdemokratischer Wahlterrorismus“.

Es war zu erwarten, daß nach den preussischen Landtagswahlen die reaktionäre Presse wieder haufieren geht mit allerhand Erzählungen über Terrorismusakte, die die Sozialdemokraten bei den letzten Landtagswahlen verübt haben. Kürzlich berichtete ein Blatt aus Belbert, daß dort die Sozialdemokraten die Kleinhändler zu bewegen versucht hätten, falls sie nicht für die Sozialdemokratie stimmen wollten, wenigstens der Wahl fernzubleiben, und in ihrer Nummer vom Freitag bringt die „Kreuzzeitung“ eine Notiz, in der behauptet wird, die preussische Parteileitung habe generell angeordnet, auf die Händler, Geschäftsleute und Handwerker dahin einzuwirken, daß sie sozialdemokratisch wählen aus Rücksicht auf die Arbeiterkundschaft oder doch wenigstens nicht gegen die Sozialdemokratie tätig zu sein. In beiden Behauptungen ist natürlich nur so viel richtig, daß die Sozialdemokratie von ihrem guten Recht, in allen Kreisen für ihre Ideen zu propagieren und in allen Kreisen Wähler zu werben, Gebrauch macht. Daß sie dabei auch zu den Händlern, Geschäftsleuten und Handwerkern geht, ist selbstverständlich; denn gerade in diesen Kreisen sind viele Proletarier zu finden, die Sozialdemokraten waren, ehe sie ihre kümmerliche Existenz auf ein Geschäftchen gründeten. Es ist auch nichts auffälliges daran, daß die sozialdemokratischen Vertrauensleute diesen Geschäftsleuten den Rat gaben, lieber nicht zu wählen, als sich etwa durch eine sozialdemokratische Stimmenabgabe der Gefahr auszusetzen, ihre bürgerliche Kundschaft zu verlieren. Ein solcher Rat, der zwar vom Standpunkt der Staatsbürgerlichen Rechte aus betrachtet, nicht zu billigen ist, liegt nur im Interesse eben dieser abhängigen Geschäftsleute. Wenn den reaktionären Organen daran liegt, solche jammervollen Zustände zu beseitigen, dann brauchen sie nur mit der Sozialdemokratie dahinzuwirken, daß die öffentliche Wahl beseitigt wird. Freilich damit würde eben der Wahlterrorismus der Konservativen unmöglich gemacht und ein guter Teil der konservativen „Erfolge“ in Frage gestellt werden. Die „Kreuzzeitung“ hat die Stirn, in derselben Nummer und nicht weit von ihrer Notiz über den „sozialdemokratischen Terrorismus“ die Maßregelung eines Hilfsgerichtsdieners mitzuteilen, der vom Landgerichtspräsidenten vom Dienst suspendiert wurde, weil er sozialdemokratische Wahlmänner gewählt hatte. Und die „Kreuzzeitung“ hat nicht etwa gegen diesen Fall brutalen Terrorismus etwas einzuwenden, sie vermerkt sogar mißbilligend, daß die „National-Zeitung“ Anstoß an der Maßregelung genommen hat. Man sieht, dem konservativen Blatt ist nicht der Terrorismus an sich, sondern nur der sozialdemokratische Terrorismus verhasst.

Wir haben nichts gefunden — also ist alles in Ordnung.

Durch die dem Rüstungsrummel ergebene Presse läuft jetzt eine wundervolle Notiz. Sie lautet:

„Zur Untersuchung im Falle Krupp. Staatssekretär von Tirpitz hatte auch seinerseits eine Untersuchung eingeleitet, ob etwa ihm unterstellte Beamte des Reichsmarineamtes in diese Angelegenheit verwickelt gewesen sind. Die Untersuchung hat ergeben, daß keinerlei Verfehlungen vorliegen.“

Das ist ja geradezu erstaunlich! Herr von Tirpitz hat nichts gefunden — also ist alles in Ordnung. Wir gestatten uns in submissiver Bescheidenheit an Herrn Tirpitz einige neugierige Fragen zu richten, die sehr gut zu der von ihm gefundenen paradiesischen Ehrlichkeit seines Ressortes passen.

Hat Herr von Tirpitz nachgeprüft, ob die deutschen Schiffskanonen dort gekauft werden, wo sie, in Krupp'scher Qualität, billiger zu bekommen sind, als bei Krupp? die von ihm verbrauchten Panzerplatten durch den kürzlich entfallenen Marineverständigungskonzern künstlich verteuert sind?

die Marineartillerieverwaltungen heute wirklich kaufmännisch arbeiten, zum Beispiel stets alte Bronze von altem Eisen genau unterscheiden?

die Rieler Lieferanten von Marinewollzeug (Unterhosen, Socken usw.) es deswegen zumeist nicht lange machen, weil sie sehr hohe Verkaufs„spefen“ haben?

Wir wollen uns nicht täuschen, Herr von Tirpitz wird nichts finden, und des wegen wird alles in Ordnung sein.

Offentlich sind wir bis dahin nicht alle verhungert.

Wer ein gutes Gedächtnis hat, wird sich erinnern, daß einmal eine Reichstagskommission eingesetzt worden ist, um die Fleischnot zu untersuchen. Diese Fleisch-enquetekommission wird am 11. Juni wieder einmal su-

bieren. Vierzig Sachverständige hat sie schon vernommen, jetzt sollen 100 aus Westdeutschland, Mittel- und Ostdeutschland vernommen werden. Die Untersuchungskommission beschäftigt sich einseitig noch mit Preisstudien, die vom Stall bis zum Viehhof gehen. Nach Vernehmung der nächsten Sachverständigen dürften dann die Ermittlungen als abgeschlossen betrachtet werden. Der weitere Schritt ist, danach folgend, die Verarbeitung des gewonnenen Materials. Erinnert diese großzügige Volkspolitik der deutschen Regierung nicht an den Bauer, der seinem Pferde das Fressen abgewöhnen wollte? Dieser Bauer berichtete seinem Freunde: „Gerade als es sich das Fressen abgewöhnt hatte, ist das dumme Vieh gestorben.“

„Nichts vergessen“ ist die wichtigste Grundregel einer energiegelichen Politik, die Erinnerungsliste für die Taten der deutschen Regierung ist schon reichlich lang; kräftig zugreifen ist die gesündeste Abrechnung. Deswegen, ihr Arbeiter, erzählt immer wieder, wie die Regierung das hungernde Volk durch eine Untersuchungskommission betrog.

Aufgeschobene Deckung.

Wie die Berliner „Volks-Zeitung“ aus sicherer Quelle erzählt, erscheint es nunmehr gewiß, daß die Heeresvorlage vom Reichstag ohne die Deckungsvorlage verabschiedet werden wird. Bereits am nächsten Donnerstag soll die Beratung der Heeresvorlage im Reichstag beginnen und man rechnet, daß die zweite Lesung in sechs Tagen erledigt sein kann. Eine Bestätigung dieser Meldung ist in den Auslassungen der „Nationalliberalen Korrespondenz“ zu finden, die es als erfreulich bezeichnet, daß durch das Nachgeben des Zentrums endlich eine Einigung über die weitere Behandlung des Vorlagenkomplexes erzielt worden ist. Wenn der gute Wille auf allen Seiten vorhanden sei, dann könne gleichwohl die Deckungsfrage noch vor dem Auseinandergehen des Reichstages gelöst werden. Wenn nicht alles trüge, sei die Verständigung über die Hauptfragen, die Besitzsteuer, näher als man glaube. Als Besitzsteuer könnte nur in Frage kommen: eine Reichsvermögens- oder eine Reichserbschaftsteuer. Die Nationalliberalen haben schon früher erklärt, daß sie auch mit einer Reichsvermögenssteuer befriedigt sind und das Zentrum scheint, um die Erbschaftsteuer zu verhüten, auf den nationalliberalen Vorschlag eingehen zu wollen. — Eine Korrespondenz, die in den letzten Tagen mehrfach völlig erfundene Mitteilungen herausgegeben hat, will wissen, daß der Reichstag nach Erledigung der Heeresvorlage sofort wieder vertagt werden soll, und zwar bis in den Juli hinein, damit der Budgetkommission Zeit gelassen wird, ihre Beratungen vorzunehmen. In maßgebenden Stellen ist von diesem Plane allerdings nichts bekannt und es ist auch nicht wahrscheinlich, daß eine abermalige kurze Verlegung des Reichstages vorgenommen wird. Die Konservativen verhalten sich allerdings gegen eine Besitzsteuer, wie der Antrag Bassermann-Erzberger sie sich vorstellte, noch ablehnend. Gleichwohl darf man aus den Ausführungen der „Kreuzzeitung“ vom Sonntag schließen, daß auch die Konservativen sich fügen werden, wenn es nun einmal nicht anders geht. Wenigstens verlangt die „Kreuzzeitung“, daß die Regierung die Fäden in die Hände nimmt und an allen Stellen die Ausbildung einer Parteitaktik verhindert, die dem ganzen Werk gefährlich werden könne. Dazu gehöre, daß die Autorität des Reichskanzlers, die in voller Wirksamkeit nur er persönlich zur Geltung bringen könne, fortlaufend den Regierungspunkt vertrete. Das Sauberblatt weist darauf hin, daß die Erfahrung aus dem Jahre 1909 jedenfalls zu Mißtrauen berechtige.

Dem Verdienste keine Krone.

Nach einer Meldung der „Milit.-Pol. Korrespondenz“ stehen die seit längerer Zeit von verschiedenen Reichsstellen, besonders vom Reichsamt des Innern, in die Wege geleiteten Erhebungen in der Jesuitenfrage unmittelbar vor ihrem Abschluß. Man rechnet jetzt mit einer baldigen Entscheidung des Bundesrats in der Jesuitenfrage, und zwar bestimmt im Sinne einer Beseitigung des noch bestehenden Restes des Jesuitengesetzes. Offen sei noch die Frage, ob das Reichsjesuitengesetz nur aufgehoben, oder ob die Zulassung des Jesuitenordens in Deutschland grundsätzlich ausgeschlossen werden soll. Dies, wie der Zeitpunkt der Entscheidung des Bundesrats werde gutem Vernehmen nach von dem Gang der innerpolitischen Verhältnisse abhängen.

Schnajdt nach Ausnahmegesetzen.

In ihrem Wochenrückblick kommt die „Kreuzzeitung“ auf die geforderten Ausnahmegeetze für Elsaß-Lothringen zu sprechen und das Blatt stellt sich hier ganz auf den von der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ vertretenen Standpunkt, daß man diese Ausnahmebestimmungen nicht auf die Reichslande beschränken, sondern für ganz Deutschland einführen soll. Das würde, so fährt das Blatt fort, sogar für die polnische und dänische Bewegung sehr heilsame Folgen haben und lände keine Rechtfertigung nicht nur in der fast ausnahmslos staatsfeindlichen Haltung dieser Presse, sondern auch darin, daß sie der sonst so nützlichen Kontrolle der Öffentlichkeit und der gegnerischen Blätter in hohem Maße entbehrt und sich deshalb ganz besonders gern in unerhörten Uebertreibungen und Schändlichkeiten ergeht. Allerdings zeigen dem Blatt gewisse Zweifel darüber auf, ob im Reichstag eine Mehrheit für diesen Plan zu finden sein wird.

Zu den preussischen Landtagswahlen.

In Graafstam a. N. sind nun endgültig gewählt: 45 Sozialdemokraten, 519 Fortschrittlicher und 26 Nationalliberale. Die Wahl der beiden Fortschrittler ist also gesichert.

In Kiel-Neumünster wurden bei den Stichwahlen gewählt: 20 Sozialdemokraten, 76 Fortschrittler und 5 konservativ-liberale Bündnis. Das Gesamtresultat für den Wahlkreis Kiel-Neumünster ist jetzt: Sozialdemokratie 40, Fortschrittliche Volkspartei 370, konservativ-nationalliberale Bündnis 149. Die nationalliberalen Kandidaten werden natürlich in der Stichwahl für den fortschrittlichen Kandidaten sitzen.

Der Bundesrat und die Elsaß-Lothringischen Ausnahmegeetze.

Ein Telegraphenbureau will aus angeblich sicherer Quelle erfahren haben, daß die Vorschläge der Elsaß-Lothringischen Regierung zur Verschärfung des Vereinsgesetzes in bundesrätlichen Kreisen schweren Bedenken begegnen. — Aus will die Nachricht nicht sehr wahrscheinlich erscheinen; die Elsaß-Lothringische Regierung dürfte kaum, ohne vorherige Fühlung mit Preußen und anderen größeren Bundesstaaten genommen zu haben, ihre Ausnahmegeetvorlage gemacht haben. Es könnte sogar eher umgekehrt liegen: Die Regierung Elsaß-Lothringens könnte bei ihrem Vorgehen wesentlich unter dem Einfluß der preussischen Regierung gehandelt haben, die den alldeutschen Treibern auch hierin nachgegeben hat. In der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ und in der „Post“ wird seit Jahren schneidigeres Vorgehen in Elsaß-Lothringen verlangt und der Statthalter v. Wedel hat sich in diesen Blättern nicht selten die schärfsten Grobheiten lassen müssen, weil er auf die Verriätheiten dieser alldeutschen Krackler nicht einging. Wenn die neue Diktatur nicht zustande kommt, dann kann sie lediglich am Reichstag scheitern, in dem unter preussischem Einfluß stehenden Bundesrat ist sie keiner Gefahr ausgesetzt.

Massenmord-Automat.

Nach Meldungen aus Paris versichert der Deputierte Deloncle, Mitglied der Budgetkommission, im Journal Paris, daß die Einführung des automatischen Infanteriegewehrs in der französischen Armee beschlossene Sache sei. Wenn die Nachricht nicht ein Manöver der Waffenfabriken ist, wären ja die Ausichten, wieder einige Milliarden für den Militarismus los zu werden, sehr groß.

Dr. Naumann als Reichstagskandidat.

Im Wahlkreis Waldeck, in dem am 11. Juni eine Neuwahl vorzunehmen ist, da die Wahl des Wirtschaftsreformers Vietmeyer vom Reichstage für ungültig erklärt wurde, tritt Naumann als Kandidat der Fortschrittler auf. In seinen Wahlreden pukt der Geist des bekannten Buches „Demokratie und Kaiserthum“, und er wird nicht müde, zu versichern, daß er die Berechtigung der Wehrvorlage grundsätzlich anerkenne. Die Regierung wird sich in dieser Beziehung also gegebenenfalls auf ihn verlassen können.

Nicht erbaut sind die Fortschrittler in diesem Wahlkreis über das Scheitern einer Einigung mit den Nationalliberalen. Die nationalliberale Partei stellt es ihren Mitgliedern frei, wen sie wählen wollen. Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt hierzu: „Eine derartige Sonderaktion der Nationalliberalen in Waldeck-Normant kann nicht ohne Folgen bleiben auf das Verhalten der Fortschrittler in Salzwedel-Gardelegen.“

Das Wahlrecht der Kriegervereiner.

In Prinkendorf bei Liegnitz hat ein Kriegervereinsmitglied die unerhörte Dreistigkeit befallen, bei der letzten Landtagswahl den Amtsvorsteher und Kriegervereinsvorsitzenden Leuschner, der von den konservativen als Wahlmann der 3. Abteilung aufgestellt war, nicht zu wählen. Bald darauf erhielt er folgenden Brief:

„Kudolfsbach, 20. Mai 1913.

An den Arbeiter Herrn Berger zu Liegnitzer Werke.

Sie haben bei der Wahlmännerwahl am 16. d. Mts. Ihre Stimme für die sozialdemokratischen Wahlmänner-Kandidaten abgegeben und sich somit als Anhänger dieser Partei öffentlich bekannt.

Als Mitglied unseres Kriegervereins haben Sie dadurch gegen unsere Statuten verstoßen und können deshalb nicht länger unser Mitglied sein.

Ich erlaube Sie, Ihren Austritt alsbald anzumelden, sonst müßten Sie aus dem Verein ausgeschlossen werden.

Der Vorsitzende des Kriegervereins Prinkendorf und Umgend.

M. Leuschner.“

Die Absicht der Macher der Kriegervereine ist die, in ihren Vereinen Heuschler heranzuziehen.

Frankreich.

Gegen die dreijährige Dienstzeit. Gestern fand in St. Germain unter freiem Himmel eine Protestversammlung gegen die dreijährige Dienstzeit statt, an der mehr als hunderttausend Personen teilnahmen. Genosse Saures und die anderen Einberufer hatten der Regierung das Versprechen gegeben, für Ruhe zu sorgen. Der Wehrgefehtentwurf wurde als ein frevelhafter Versuch der Vergewaltigung des Volkswillens bezeichnet und Frankreich mit einem Vulkan verglichen, über dessen Gipfel Rauchwolken emporsteigen, die aller Welt ausgenommen der französischen Regierung, die drohende Katastrophe verkünden.

Osterreich-Ungarn.

Die österreichische Balkanpolitik und die Arbeiter. In seiner großen Rede über die auswärtige Politik, die Genossen Dr. Adler im Abgeordnetenhaus hielt, teilte er einige bezeichnende Zahlen über den Einfluß der Preispolitik auf die Situation des Arbeitsmarktes mit. Im März 1913 haben von 100 Arbeitern, die Arbeit suchten, in der Metallindustrie nur 29 Arbeit gefunden gegen 47 im März 1912, in der Maschinenindustrie 27 gegen 38, in der Holzindustrie 28 gegen 52. Das sind alles Industrien, die doch an den Rüstungen einigermaßen interessiert sind. In der Textilindustrie ist die Zahl der Arbeitsvermittlungen von 57,8 auf 29,3 zurückgegangen, und dabei ist zu bedenken, daß diejenigen, die Arbeit haben, noch zu einem Drittel bis zur Hälfte arbeitslos sind, weil statt an 6 Tagen nur an 3 oder 4 Tagen gearbeitet wird. Die Lage im Baugewerbe wird immer schlimmer, weil die früheren hypothekarischen Kredite aufgebraucht sind und neue nicht zu erlangen sind. Als ein weiteres Beispiel für die Folgen der Verächtlichen Politik führte Genosse Dr. Adler die kolossale

Steigerung der von den Gewerkschaften gezahlten Arbeitslosenunterstützung an. Sie beträgt bei den Holzarbeitern im letzten Vierteljahr 1912: 52 000 Kronen gegen 24 600 Kronen im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Bei den Buchdruckern wurde in den ersten drei Monaten dieses Jahres für Unterstützungsbedürfnisse so viel ausgegeben wie sonst, und außerdem noch 86 000 Kronen an Krankenunterstützung mehr als sonst, und ebenso ist es bei allen Gewerkschaften.

Balkan.

Dem Frieden entgegen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt in ihrer Wochenrundschau: Das gleichzeitige Verweilen der Herrscher Großbritanniens und Russlands in Berlin und ihr freundlicher Verkehr mit Kaiser Wilhelm ist, wenn auch durch einen unpolitischen Anlaß herbeigeführt, überall als ein weiteres, bemerkenswertes Anzeichen dafür gedeutet worden, daß Europa in den Orientfragen einer fortschreitenden Klärung und Beruhigung vertrauensdarf. Die Großmächte bleiben bemüht, die baldige Unterzeichnung des Präliminarfriedens zu verwirklichen. In der Versammlung der Botschafter in London hat sich Einstimmigkeit dahin ergeben, daß eine Erörterung über Abänderungen des Vorfriedensvertrages neue Verzögerungen unvermeidlich machen würde; die Mächte sollten der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Türkei und die Verbündeten möglichst bald zu einer Einigung über den Friedensschluß gelangen werden. Es ist zu erwarten, daß die Regierungen der Großmächte dieser Meinungsäußerung der Londoner Versammlung beitreten.

Die bulgarisch-rumänischen Abmachungen. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Bukarest: In der heutigen geheimen Sitzung des Senats wurde das bulgarisch-rumänische Protokoll, betreffend die Abmachung zwischen Rumänien und Bulgarien, vorgelegt. Das Protokoll besteht aus folgenden Punkten: 1. Silistria wird mit einer Umgehung von drei Kilometer, von der Barriere der Stadt an gerechnet, Rumänien überlassen. 2. Rumänien hat das Recht, rumänische Schulen und Kirchen in Mazedonien zu unterhalten. 3. Rumänien steht es frei, seine Grenzen gegen Bulgarien zu besetzen, während Bulgarien dies unterlagert ist. 4. Rumänien gibt den Einwohnern, welche die Stadt Silistria verlassen wollen, eine Entschädigung. Diese Entschädigung wird von einer von Bulgarien und Rumänien zusammengefügten gemischten Kommission festgestellt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 25. Mai.

Achtung Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Lübeck! Über die Arbeiten der hiesigen Bau-Deputation (Staatsplatz) ist wegen Nichtanerkennung der hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen die Sperre verhängt. Die Tariffkommission.

Einen täglichen Zurückzieher machen am Sonntag die „Lübedischen Anzeigen“, die vor einiger Zeit ohne Beweis behauptet hatten, die Preise, welche die Mitglieder der Konsumvereine bezahlen müßten, seien höher als in bürgerlichen Geschäften; die Konsumvereinsmitglieder müßten auf diese Weise einen Tribut für die Sozialdemokratie entrichten. Das Amtsblatt muß jetzt zugeben, daß unsere Widerlegung seiner Behauptungen unbestreitbar war, aber es kann trotzdem „beim besten Willen seine Ansicht nicht ändern“. Sollte danach der Hang zur Unehrllichkeit bei ihm schon geradezu krankhaft sein? Das ist zweifellos. Festgestellt sei, daß die „Lübedischen Anzeigen“ nicht einmal den Versuch wagen, unsere Widerlegung, die deshalb einräumigen lang war, weil sie die amtliche Preisstatistik des statistischen Amtes der Stadt Lübeck wörtlich wiedergab, als unrichtig hinzustellen. Natürlich wird das Blatt auch in Zukunft seinen Schwund von den Konsumvereinspreisen wiederholen; es gibt eben unverbesserliche Gegner der Wahrheit.

Die Aussperrung im Malergewerbe, die zwölf Wochen dauerte, ist nunmehr, nachdem sowohl die Unternehmer wie die Gehilfen dem Schiedssprüche der Unparteiischen zugestimmt haben, aufgehoben worden. Dieser Schiedsspruch bringt den Lübecker Gehilfen im ersten Jahre eine Lohnzulage von 3 Pfg. und im zweiten Jahre eine solche von 2 Pfg. pro Stunde. Die Regelung der örtlichen Bestimmungen hat innerhalb drei Wochen zu erfolgen. Morgen früh wird die Arbeit wieder aufgenommen. Der Ausgang dieses Kampfes bedeutet für die Gehilfen einen schönen Erfolg. Die Unternehmer hätten, wenn sie nicht hartnäckig den berechtigten Forderungen der Gehilfen durch die Aussperrung entgegengetreten wären, längst einen für beide Teile annehmbaren Frieden schließen können. So sind die Prinzipale die Leidtragenden.

Eine öffentliche Volksversammlung findet am morgigen Dienstag abend 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus statt. Über das Thema „Worin äußert sich die Leistungsfähigkeit der Konsumvereine?“ wird Herr Professor Dr. Stauning in der aus Larmstadt referieren. Es darf wohl erwartet werden, daß alle Bevölkerungskreise, die sich für die Konsumvereinsbewegung interessieren, in dieser Versammlung erscheinen. Insbesondere sind die Frauen eingeladen.

Unterhaltspflicht der Eltern und Kinder. Ein wichtiges Kapitel im bürgerlichen Gesetzbuch nimmt die Frage ein, wann Verwandte verpflichtet sind, sich gegenseitig materiell zu unterstützen und welche Höhe im einzelnen Falle die Unterhaltspflicht ist allerdings auf Verwandte in gerader Linie beschränkt; nur Vater, Sohn und Enkel sind zum Unterhalt verpflichtet, nicht aber Verwandte in der Seitenlinie, wie Brüder, Oheim, Nefse; dagegen sind im Gesetz, und namentlich in seiner Auslegung, der Rechtsprechung, die Anforderungen, die bedürftige Verwandte an unterhaltspflichtige stellen berechtigt sind, ziemlich hoch gespannt. Denn einmal ist der Unterhalt „standesgemäß“ zu gewähren, das heißt, der Stand des Bedürftigen ist für die Höhe des Unterhalts maßgebend, und nur in dem Falle tritt an die Stelle des standesgemäßen Unterhalts der notwendige, wenn durch eigenes fähliches Verschulden, zum Beispiel durch leichtsinniges, ausschweifendes Leben, die Bedürftigkeit herbeigeführt ist. Ferner umfaßt der Begriff „Unterhalt“ nicht nur die Sorge für

Sommertheater in den Stadthallen. „Mamzelle Nitouche“ Operette in 4 Akten von Hervé. Es ist ein lustiger Schwank mit Musik, diese „Mamzelle Nitouche“, die, wenn sie flach gespielt wird, einen recht unterhaltenden Abend gewährt.

Literarisches.

Zu Richard Wagners hundertstem Geburtstag (22. Mai 1913) bringt die Zeitschrift für das deutsche Volk, eine bemerkenswerte Würdigung des Menschen und Komponisten Wagner aus der Feder S. G. Kallenbergs.

Die Berufskrankheiten der Schneider und Textilarbeiter von Dr. Grotzahn (Heft 35 der Arb.-Ges.-Bibliothek) erschien im Verlag der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin.

Mutter. Ein Frauenschicksal von Joh. Ferch. Ein neuer Roman, der in der schnell bekannt gewordenen Serie „Vorwärts-Bibliothek“ in unserer Berliner Parteiverlage erschienen ist.

Briefkasten.

R. R. R. Wenn der Hauswirt nichts dagegen einzuwenden hat und keine Wasservergeudung erfolgt, dann dürfte nichts gegen die Gartenbepflanzung einzuwenden sein.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten Inhalt Johannes Stöwing, Verleger: J. H. Scharf, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Arbeiten eines Unteroftiziers. Der Sergeant H. von der 4. Kompanie Infanterie-Regiments Nr. 162 in Lübeck war am 17. April Unteroffizier vom Dienst. Morgens, kurz nach dem Aufstehen, befahl er, daß die zum Kaffeeloch bestimmten Mannschaften heraustreten sollten.

Arbeiter! Parteigenossen! Erwerbt das Lübecker Bürgerrecht.

- Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind folgende Papiere erforderlich: 1) Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck geboren ist.) 2) Staatsangehörigkeits-Ausweis.

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor dem hiesigen Standesamte die Ehe geschlossen hat und wenn die Kinder hier geboren sind.

Die hiesige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere sind die gleichen.

Bürger kann jeder volljährige männliche Angehörige des Lübeckischen Staates werden, der mindestens in fünf einander folgenden Jahren seinen Wohnsitz in Lübeck gehabt und alljährlich mindestens ein Drittel an Steuer bezahlt hat, als der niedrigste Satz für ein steuerpflichtiges Einkommen beträgt.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt, Mühlentstraße, 1. Etage, Zimmer Nr. 8, Werktag in der Zeit von 9-1 Uhr zu stellen.

Die Erwerbung des Bürgerrechts und der Staatsangehörigkeit ist kostenlos. Für das Nachschlagen verschiedener Register wird eine Gebühr berechnet.

Vom Steuerbureau ist eine Bescheinigung darüber beizubringen, daß für fünf Jahre Steuern bezahlt worden sind.

Wer bei der Beschaffung seiner Papiere oder in anderen Fragen irgendwelche Hilfe oder Auskunft wünscht, der wende sich an das Arbeitersekretariat, Johannisstraße 48, wo ihm solche kostenlos zuteil wird.

Lübecker Sommertheater in den Stadthallen. Heute abend wird der urkomische Schwank „Son Windhund“ wiederholt und morgen Dienstag gibt es zum ersten Male Ernst Alberts „Lolle Brinze“, ein Repertoirestück vieler Bühnen.

h. Malente. Wege sache. Der Ortsausschuß beschloß, die Begelegen für den inneren Begebezirk, den die Ortsgenossenschaft Malente-Gremismühlen bildet, mit 100 Proz. nach den Erträgen der Grundsteuer, 20 Proz. der Gebäudesteuer und 6 Proz. der Einkommensteuer aufzubringen.

Altona. Schwerer Unfall beim Exerzieren. Beim Exerzieren des 45. Feld-Artillerie-Regiments hat sich Donnerstag ein schwerer Unfall zugetragen. Es stürzte ein Geschütz um und begrub die Bedienungsmannschaften unter sich.

Bremen. Aus den Organisationen. Dem Jahresbericht des Sozialdemokratischen Vereins in Bremen ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl am Schluß des abgelaufenen Geschäftsjahres auf 13 855 gestiegen ist. Es ist ein Zuwachs von rund 500 Mitgliedern zu verzeichnen.

den leiblichen Bedarf, wie Wohnung, Nahrung, Kleidung, Heizung, sondern der Unterhaltspflichtige hat auch für die geistigen Bedürfnisse, wie Schulbildung, Erziehung und Vorbereitung für einen Beruf, zu sorgen, der dem Stande des Berechtigten entspricht.

Voraussetzung bei dieser Unterhaltspflicht ist, daß der pflichtige in der finanziellen Lage ist, den Unterhalt zu geben, ohne selbst Mangel zu leiden. Ausgenommen von dieser Bestimmung ist nur das Verhältnis zwischen Eltern und ihren minderjährigen Kindern; wenn ihre Verhältnisse auch nicht derartig sind, daß sie nach dem oben Gesagten zum Unterhalt verpflichtet wären, so sind sie doch ihren minderjährigen Kindern gegenüber hierzu gezwungen; mit diesen müssen sie auch das Wenige, was sie haben, teilen.

Die dritte Strafkammer verhandelte am Sonnabend unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit gegen die Ehefrau D., die der verkleumdlichen Beleidigung des Polizeiwachmeisters Br. angeklagt war. Nach mehrstündiger Verhandlung, in welcher der Wachmeister als Nebenkläger auftrat, wurde die Frau freigesprochen.

h. Eine Seeamtsverhandlung fand heute morgen statt. Sie beschäftigte sich mit der Strandung des Steiner Dampfers „Luisa“, der von Memel nach Lübeck unterwegs war und am 13. Februar d. J. gegen 12 Uhr auf dem Brodtener Riff strandete.

Konsumverein für Lübeck u. Umg. e. G. m. b. H.

Anschließend an unsere **Warenausstellung** findet am Dienstag, dem 27. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine

öffentliche Volksversammlung

statt, in der Herr Professor Dr. Staudinger aus Darmstadt über das Thema „Worin äussert sich die Leistungsfähigkeit der Konsumvereine“ sprechen wird.

Bei der stets steigenden Bedeutung der Konsumvereine bitten wir um zahlreiches Erscheinen aller Bevölkerungskreise.

Der Vorstand.

NB. Unsere Warenausstellung ist noch **heute Montag** und **morgen Dienstag**, abends von 6 bis 10 Uhr geöffnet.

D. O.

Verkauf lebender Butt

am Dienstag, dem 27. Mai 1913
vormittags von 8 Uhr ab
an der

Mühlentorbrücke,
Drehbrücke,
Gutiner Brücke
und
Südtorbrücke.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.

Zahlstelle Lübeck.

Nachruf.

Am Freitag, dem 23. Mai, starb unter Mitleid, der Kollege

Joh. Brinkmann.

Gere Jemand Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 27. Mai, nachmitt. 3 Uhr, von der Kapelle des Vorwerter Friedhofs aus statt.

Die Teilnahme an derselben verleiht uns die Mitgliedschaft mittags 12 Uhr bei A. Poski, Weiger Str. 10.

Die Ortsverwaltung.

Am Montag nachmittags 2 Uhr erschießt heute nach schwerer Krankheit unser lieber Hüter.

Willi

im letzten Alter von 1 Jahr 8 Mon. tief betrübt und schmerzlich erfüllt von seinen Eltern, Großmutter, Schwertem und allen die ihm nahe standen.

H. Tralau und Frau, geb. Ludolph.

Für die innige Teilnahme und Kranzsende beim Ableben meiner lieben Frau, meiner Tochter liebevollen Wunsch sagen hiermit unsern herzlichsten Dank.

Gustav Böttger und Angehörige.

Geht eine 2- oder 3-Zimmer-Wohnung vom Holtenauer von Zeuz mit 2 Kindern im Preise von 200 bis 250 Mk. An die Z.R. an die G.R.

Geht zum 1. Okt. eine 3-Zimmer-Wohnung (Dattier) von Zeuz mit 1 Kind, vom Holtenauer. Dr. unt. M. G. an die G.R. 3. St. (4102)

2 Jahrgänge „In freien Stunden“ und eine Dampfkammer, fast neu, billig zu verkaufen. (4113) Osterstraße 22a, Hinterhaus.

Ein Kinderwagen mit Gummi und ein großes Aquarium billig zu verkaufen. (4104) Sonnenstraße 9, I.

Historisches Messer-Schwert wurde 50 Mk. und Magnum Horn-Eskartenspieler 100 Mk. 250 Mk. (4105) Sonnenstraße 26.

Balkon-Pflanzen

In jeder Größe empfiehlt Niemann. (4104) Felder Straße 13 (St. Gertrud).

Einzelne auf den Balkon haben nun um angebracht. (4105) Sonnenstraße 68, II.

Bienenfleiß konkurriert nicht mit Kunstthong sondern mit echtem Bienenhong.

Bei der Verlosung auf der Kaninchen-Ausstellung am 25. Mai wurden folgende Nummern mit Gewinnen gezogen: (4115)

4 18 35 61 123 150 151 180
199 215 258 315 341 370 408 409
410 426 427 436

Wegen Fortzuges unseres Geschäftsführers W. Meier bitten wir, Musikaufträge vorläufig dem Kollegen

H. Bartels, Mittelstr. 25, zu übertragen. (4093)

Gleichzeitig bitten wir die Gewerkschaften, Vereine etc., Bestellungen rechtzeitig aufzugeben.

Briefkasten hängt im Flur des Gewerkschaftshauses.
Zentral-Verband der Zivilmusiker.

Bestes **Ragoda** Schnell-Wasch-Mittel. Ohne Chlor. Garantiert unschädlich. Schwebelose Wäsche. 1 Pfd. nur 55 Pfg. Überall zu haben. Zur Einführung bis Ende 1914 gegen ausgschn. Gutscheine von 5 Pfd.: 1 Taschenmesser oder 1 Schere usw. (1823) 10 leicht silb. Kollier, 3 Neusilber-Eßlöffel usw.

Vereinigte Butterhändler von Lübeck und Umgeg.
Allerfeinste Meiereibutter kostet Pfd. 1.30 Mk. (4109)

Dicke frische Flomen 65 bei Abn. v. 2 Hfd. p. Hfd.
Fr. Schweinefl. v. Bauch 80
" dicke Rippen 3 Füllen 80
" u. gep. Eisbeine 60 u. 80
" Kochrippen . . . Hfd. 30
" Kopf u. Bein . . . Hfd. 25
Auflauter Spezialität per Hfd. 65
Karl Labrtz, Böttcherstr. 14 16 vorm. M. Labrtz. (4112)

Fahrad- und Nähmasch.-Rep.-Werkst.
Alle Fabrikate werden sorgfältig u. billig ausgearbeitet unter prompter Beantwortung. Zusätzl. Vernick. Hfd. u. gut. (63) Carl Heynert, Lübeck, Neisl. Allee 6a. Fernspr. 352.

Ein Sieg der deutschen Industrie!



LUPA Cigaretten

2 Pfg. das Stück

Oriental Tabak u. Cigarettenfabrik Yenidze, Dresden
Inh. Hugo Zietz, Hoflieferant S. Md. Königs v. Sachsen

Visiten-Karten

empfiehlt die Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.

Jeder der sich und die Seinen weiterbilden und seine Bücher auf billigste Weise (40 Pf. im Monat) vermehren will, trete dem weit über 100 000 Mitglieder zählenden **Kosmos, Gesellschaft d. Naturfreunde** (Sitz Stuttgart) bei. Für den geringen Jahresbeitrag von **nur M 4.80** (dazu im Buchhandel 20 Pfg. Bestellgeld, durch die Post d. Porto) erhält man kostenlos:

1. die reichillustrierten Monatshefte **Kosmos, Handweiser f. Naturfreunde** mit den Beiblättern: Wandern und Reisen - Wald und Heide - Photographie und Naturwissenschaft - Technik und Naturwissenschaft - Haus, Garten und Feld - Natur in der Kunst - Natur und Heimatschutz.
2. Anskünfte, Vergünstigungen bei Bezug von Büchern, Mikroskopen, b. Vorträgen u. Kursen etc.
3. ohne jede Nachzahlung

fünf wertvolle Bücher erster Schriftsteller; im Jahre 1913: W. Boelsche, Festländer und Meere; Dr. K. Floericke, Einheim. Fische; Dr. Ad. Koelsch, Der blühende See; Dr. H. Deiker, Vom sieghaften Zellenstaat; Dr. A. Zart, Atome und Moleküle.

Eintritt jederzeit! Anmeldungen nimmt jede Buchhandlung entgegen, wo keine solche, wende man sich an den „Kosmos“, Stuttgart. Probehefte und Prospekte postfrei!

Sozialdemokratischer Verein Stockelsdorf.
Die für morgen Dienstag anberaumte Versammlung **fällt aus.**
(4107) **Der Vorstand.**

Holzarbeiter-Verbd.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung am Mittwoch, dem 28. Mai abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstr. 50-52.
Tagesordnung:
1. Vortrag über die „Volksfürsorge“. Referent: Kollege **Schulz**.
2. Änderung unserer Versammlungen in den Sommermonaten.
3. Berichte.
4. Verschiedenes.
(4108) **Die Ortsverwaltung.**
NB. Wegen der Konsumvereins-Versammlung findet die Versammlung nicht am Dienstag, sondern am Mittwoch statt.

Achtung Schneider!

Mitglieder-Versammlung am Dienstag, dem 27. Mai abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über das Genossenschaftswesen. Referent: Verbandssekretär Herr **Peine**, Bremen.
2. Abrechnung vom Ball.
3. Verlegung der Herberge und des Arbeiternachweises.
4. Unser Ausflug am 8. Juni.
5. Verschiedenes.
(4105) **Die Ortsverwaltung.**

Lübecker Sommer-Theater i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.
Dienstag, den 27. Mai: Die tolle Prinzess.
Schwank von Ernst Albert. Repertoirestück vieler Bühnen.
Mittwoch, den 28. Mai: Die mit so stürmischen Beifall am Sonntag aufgenommene Operette **Manzelle Nietouche.**
Kassenöffnung 7 1/2 Uhr. Anfang stets 8 1/4 Uhr.
Bei der großen Abnahme der von mir in so bequemer Weise eingeführten Zuzendkarten, die für alle Vorstellungen Gültigkeit haben, komme ich dem sehr verehrten Publikum entgegen und lasse den Verkauf der Karten während der ganzen Saison stattfinden. Vorverkauf u. Vorbestellungen auf das Wochenrepertoire bei Nagel, am Markt und Buse, Breite Straße, ohne Vorverkaufgebühr. (4106)

Aus dem russischen Kongo.

Wiederum stand in den letzten Tagen die Angelegenheit der bekannten Venamehelei auf der Tagesordnung der russischen Duma. Wie ein blutiger Schatten zieht sich dieses Ereignis durch die ganze russische Volkstafel des letzten Jahres; wie ein drohendes Menetekel erhebt es sich immer wieder aus den Tiefen des russischen Lebens, das in der blutigen Arbeitertragödie in der sibirischen Taiga seinen vollendetsten Ausdruck gefunden hat. Seit einem Jahr mühen sich die Herrschenden ab, dieses Ereignis aus dem russischen Leben verschwinden zu lassen. Sie treten mit beschwichtigenden Erklärungen und läugerischen Behauptungen in der Duma und in der Presse auf, sie entsenden ihre Revisoren nach dem Ort des Verbrechens, sie terrorisieren die Opfer, sie lassen alle Mienen der Befechtlichkeit und Käuflichkeit springen — aber die Wahrheit können sie nicht sagen, denn damit würden sie sich und ihr ganzes System zum Tode verurteilen. Nachdem zuerst alle Anklagen und Beschuldigungen mit dem Hinweis auf die bevorstehende Revision zurückgewiesen wurden, bemühen sich die Herrschenden nun, die Ergebnisse dieser Revision in der Erde zu verscharren, um das System, das sie verurteilen, unangestastet erhalten zu können. Der Kampf der Ankläger geht nun nicht mehr um die Feststellung der Vorgänge selbst, deren wahrer Charakter für niemand ein Geheimnis ist, sondern um die Entlarvung und Verurteilung der Schuldigen und ihre Helfer, die durch die Bande der gemeinamen Schuld zusammengeschmiedet, alle Mittel der Staatsgewalt, die ganze Macht des Goldkapitals aufbieten, um aus diesem Kampf als Sieger hervorzugehen.

Nach zahllosen Verschleppungen stand am 16. d. Mts. die sozialdemokratische Dumainterpellation zur Verhandlung, die von der Regierung klipp und klar Auskunft über die Revision des Senators Manuchin und über die Bestrafung der Schuldigen verlangt. Die großzügigen Reden des demokratischen Abgeordneten Kerenstj, der selbst als Rechtsbeistand der Lena-Arbeiter am Tatort gewesen, und des Genossen Tschelise saßen nochmals alles zusammen, was im Laufe des Jahres über die Ereignisse an der Lena bekannt geworden war. Die Redner entrollten ein so erschütterndes Bild von den Leiden der Sklaven des Grubenkapitals, sie erhoben so flammende Anklagen gegen die Organe der Regierung und die Regierung selbst, daß sogar die echt russischen Hoolligans auf der äußersten Rechten unter der Wucht dieser Anklagen ihre gewohnte Sprache verloren. „Wenn wir früher — rief der Abgeordnete Kerenstj aus — von der Lage der Arbeiter in Belgisch-Kongo hörten, hieß es, dies sei jetzt das einzige Land, wo die Sklaverei noch herrscht. M. H., wir Russen hätten uns nie entrüsten sollen, denn bis zum letzten Jahre gab es ein russisches Kongo an den Ufern der Lena, in dem vielleicht noch heute die Sklaverei unangestastet herrscht!“ In seinen weiteren Ausführungen schilderte der Redner aus eigener Anschauung die Zustände in diesem Dorado des internationalen Goldkapitals. Er zitierte die amtlichen Untersuchungen, die urkundlichen Berichte der Senatorenrevision, er führte unanfechtbare Zeugenaussagen an, und das Bild, das er von der Lage der Arbeiter in den Goldgruben an der Lena entwarf, war so fürchterlich, daß es kaum von den Schilderungen der Greuel in Belgisch-Kongo übertroffen werden kann.

Der Kern der ganzen Angelegenheit liegt aber nicht hierin, nicht in der unmenschlichen Behandlung der Gru-

benklaven, nicht in ihrer alle menschlichen Begriffe Hohn sprechenden Ausbeutung durch das Großkapital. Er liegt in dem Umstande, daß alle Organe der russischen Staatsgewalt sich vereinigt, daß sie mit dem internationalen Goldkapital ein Bündnis schlossen, um dieses Dorado der Sklaverei aufrecht zu erhalten; der Kern der Angelegenheit liegt darin, daß die Hofgesellschaft, die Minister und ihr Untergebenen im Bunde mit den russischen, englischen, jüdischen Kapitalisten vor der absichtlichen Anzettelung eines Massenmordes nicht zurückschreckten, um die ergebte Goldquelle, die sie seit Jahren in den Venaminen besaßen, nicht einzubüßen! Konnte doch der Generaldirektormeister Tscheschenkow, auf dessen Befehl 400 Arbeiter niedergeknallt wurden, nach seiner Ankunft in dem Streikgebiet erklären, die Lena-Goldgesellschaft sei in Petersburg allmächtig, denn ihr gehören als Aktionäre so hochgestellte Persönlichkeiten an, daß ihre Namen nicht mal genannt werden dürfen! Im Interesse dieser „hochgestellten Persönlichkeiten“ schrieb der Handelsminister Timaschew noch im Jahre 1911 dem Bergingenieur Tutschinskij vor, er möge die Interessen der Lena-Goldgesellschaft wahrnehmen und sich nicht um den Schutz der Arbeiter kümmern, — und dies nachdem der genannte Ingenieur ihm in ausführlichen Berichten die entsetzliche wirtschaftliche Lage, die völlige Rechtlosigkeit und die ungeheuerliche Ausbeutung der Grubenarbeiter geschildert hatte! Im Interesse dieser „hochgestellten Persönlichkeiten“ betraute die Petersburger Zentralregierung die Direktoren der Goldgesellschaft mit der obersten Kommandogewalt in dem umfangreichen Minengebiet an der Lena; in ihrem Interesse verzichtete sie alle Grenzen zwischen den staatlichen Institutionen und den Einrichtungen der Grubendirektion: sie eröffnete der Gesellschaft einen fast ungemessenen Kredit in der Reichsbank, sie gestattete es, daß die Vertreter der Staatsgewalt, die Richter, die Beamten, das Militär von den Goldkapitalisten gekauft wurden, und sie hatte schließlich nichts dagegen, daß der Direktor der Gesellschaft, Baron Günzburg, ein Angehöriger der verfolgten und verachteten jüdischen Nation, sich in seinem Verkehr mit der Regierung der Geheimschrift der Reichsbank bediente! Im Interesse der hochgestellten Aktionäre der Goldgesellschaft wurde endlich auch das Arbeitermassaker an der Lena planmäßig vorbereitet und durchgeführt. Wie der Abgeordnete Kerenstj in seiner Rede nachwies, war die Direktion der Lenagesellschaft Anfang 1912 bestrebt, vorübergehend die Arbeiten in den Gruben einzuschränken, denn „um diese Zeit wurde eine neue Emission der Aktien der Lena-Goldgesellschaft vorbereitet, und der Preis der Aktien an der Börse mußte vorübergehend herabgedrückt werden, damit sie in möglichst großer Anzahl in die Hände derjenigen Leute gerieten, die an ihrem Besitz ein Interesse hatten.“ Um dieses Ziel zu erreichen, wurde die friedliche Lohnbewegung der Grubenarbeiter absichtlich in die Länge gezogen und durch provokatorische Mittel verschärft; um dieses Ziel zu erreichen, wurde der Generaldirektormeister Tscheschenkow mit außerordentlichen Vollmachten nach dem Streikgebiet entsandt, damit er dort die Arbeiteranaille zusammenschleie, und den Profit der „hochgestellten Persönlichkeiten“ erhöhen sollte.

Nicht umsonst sind die vorjährigen Ereignisse in den Lena-Goldgruben die Geburtsheiferin der neuen Welle der Arbeiterbewegung geworden, die sich seitdem über das ganze Land ausbreitet. Denn in diesen Ereignissen

treten uns in konzentrierter Weise alle charakteristischen Merkmale des in Rußland herrschenden Systems entgegen, das nicht besser gekennzeichnet werden kann, als durch die Worte: das russische Kongo! Dieses System erstreckt sich keineswegs auf ein abgegrenztes Gebiet, das der Habgier des Kolonialkapitals ausgeantwortet ist. Das ganze russische Reich ist Kolonialland des internationalen Kapitals, und nicht eher wird es sich aus seiner jetzigen Verkommenheit, aus seinem Tiefstand und seiner Sklaverei emporheben, als es die zarische Regierung, die Geschäftsführerin der junkerlich plutokratischen Eliten zu allen Teufeln jagen wird.

Die Militärvorlage in der Budgetkommission.

In der Sonnabend Sitzung wurde zunächst über die Stellung der höheren Truppenbefehlshaber debattiert, speziell die Aufgaben und die Bedeutung der Armeespektoren wurden einer Erörterung unterzogen. Die Armeespektoren erhalten gleich dem kommandierenden General 13 980 Mk. Gehalt, 18 000 Mk. Dienstzulage, 180 Mk. Bureaugehalt und freie Dienstwohnung nebst Geräteausrüstung und Feuerungsmaterial, wofür 1980 Mk. einbehalten werden. Ist eine Dienstwohnung nicht vorhanden, so erhält der Inspektor 15 333 Mk. Mietentschädigung. — Der Kriegsminister gab eingehende Auskunft über die Armeespektoren in zum Teil vertraulichen Darlegungen.

Zu einem amüsanten Zwischenfall führte die Forderung von vier Kavallerie-Brigadekommandanten. Abg. Erzberger meinte, da drei Kavallerieregimenter gestrichen sind, seien nur drei Brigadekommandeure nötig, der Kriegsminister erklärte aber, ihm genügen schon zwei, falls der Abschied aufrecht erhalten bleiben sollte. Er hoffe aber bestimmt, daß der Reichstag noch einen anderen Beschluß fassen werde. Es wurden zwei Kommandeure bewilligt.

Die Verhandlungen über die Gouverneure und Kommandanten waren vertraulich. Unsere Genossen beantragten, den für Graudenz geforderten Gouverneur zu streichen; sie erhielten aber nur von den Volksparteilern das für Unterstützung.

An neuen Offizieren werden für das preussische Heer verlangt: 8 Obersten, 437 Bataillonskommandeure, 584 Hauptleute und Rittmeister und 1538 Leutnants. Die Volksparteiler beantragten, für den Stab eines jeden Infanterieregiments 1 Oberleutnant, 2 Majore, 2 Hauptleute und 1 Oberleutnant zu bewilligen, alles andere zu streichen. — Das Zentrum wollte 1008 Leutnants streichen. Von den geforderten 8607 Unteroffizieren beantragte das Zentrum 1044 zu streichen. — Die Sozialdemokraten forderten, daß den Unteroffizieren das Austrücken in die Offiziersstellen ermöglicht wird. Die Möglichkeit einer solchen Maßregel wies Genosse Noske eingehend nach. Sie würde der Versorgung der Unteroffiziere und auch dem Avancement der Offiziere dienen, und sei ein Schritt auf dem Wege, mit dem heutigen System zu brechen. — Abg. Müller-Meinungen wünschte mit seinen Parteifreunden, daß die Hälfte der geforderten Leutnantsstellen durch gehobene Unteroffiziere, „Feldleutnants“, besetzt werden. — General Wandel betonte, daß die Übungen der Reservisten und Landwehrlente in Zukunft in weit höherem

Steuermann Worringer.

Novelle von Louise Schulze-Brüd.

(1. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)
„Hüte soll ich mich“, leuchtete sie, „hüte! Vor dir! Mächtig, weil du so ä Bar bist, so ä wüchster! Weil du mich geheiratet hast, weil mei Mutter mich dergu gebracht hot, daß ich dich nemme, do hättest jetzt Gewalt iwer mich, mei Lewe lang! Fünf Johr hamme ich in Angst und Schreck vor dir gelebt, awmer nu hot's ä End. Do schlag zu! Schlag mich dot! Des is besser als so ä Lewe! Mit kä'm Mensch soll mer ä Wort redde, kä Spaz soll mer hamme, kä armselig Fährne hamme anzehbe, wie ä alt Fraa soll mer uffgestiege komme — alles nor, weil mer 'm Worringer set Fraa is und die Mutter vom Worringer set'm Kind. Alles wollte ä'm verbierte und jede Freud verfalze und verfaure. Awmer ich laß mer nix verbierte, und ich dhue, was ich will. Der Ordnung hochte und dei Sawwertkäat, alles, was du verlangst. Und dei Kind aach! — Du willst ju nit mehr vom Lewe. Du brauchst net mehr. Awmer ich will's, und wann du mer's set gibst, do nemme ich mer's. Hüte soll ich mich! Hüte du dich, du! Ich freisch ganz Binge zesamme, wann du mich nor mit 'm Finger anrührst, und wann du 'm Hessemer was dhust, do kimmste in die Prision! Du, der Worringer! Do hamme aach de Leut was ze redde.“

Sie lachte grell auf.
Der Mann war ganz blaß geworden.
„Und des is mei Fraa“, murmelte er — „des is mei Fraa!“

„So, das is dei Fraa“, rief sie. „Warum hochte dir kä anner genemme, die zu dir gebacht hot. Ich will der's sage, warum! Weil du gedenkt hocht — ein, die net so jung war wie ich, und net so arm, die Wüchster net so unnerdude! Die dhät sich net so kusche und braucht sich net alles gefalle ze losse, die“

„Greta, hör uff. Mach net, daß ich mich net meh kenn! Hochte net alles, was dei Herz begehrt? Stigt de net do, wie ä Vogel im Hanffame? — Was de willst, kimmste dir so saafe, nor net mit so'm Fludder sollsche erumaafse. — Dhue darfschte, was de willst, nor laß des Scharmützieren mit 'm Hessemer. Geh 'naus an de Rhein, wo die annere Weiwer aach sin, amester dich, nor mach mer kä Schand.“

„Amester soll ich mich! Mir saafe, was ich will! Jo Awmer nor net das, was du net willst. Und das is gerad des, was ich will. Ich will ä Mann hamme wie annere Weiwer, daß Spaz hot an seiner Fraa! — Eine, daß stolz is uff se, aach wann se ä rot Bluse anhatt. Da je Hebbot un

kä Stoß und kä Klog is! — Da net nor Dag und Nacht dran denkt, daß nor ja an sein Name kä Fledelche kemmt und uff sei Ehr. Des muß ä schlechte Name und ä traurige Ehr sein, die so gehüt werde müsse, daß 'n nix bassiert. Und was hab' ich deroon, wann die Herr von der Schiffsgesellschaft sage, daß es kä bessere Steuermann gibt am ganze Rhein wie du Worringer. 's wär besser, ich kennst sage, es gäb kä bessere Mann in ganz Binge! — Wofür hocht du dich verheirat, du! Mit deiner Gesellschaft hättschte dich verheirate solle, mit dem Schiff, du — du Klog du!“

Er hörte schweigen ruhig zu. Nur die Adern an den Schläfen schwellen auf wie Stränge.

„Bishte fertig?“ sagte er dann. „Ich hamme dich redde losse, weil de sonst sage dhätst, ich dhät dir aach's Rede verbierte. Awmer nun meiner Ehr un dhun meiner Profession do sollsche nix redde. Des sind kä Weiberbosse. Und was du von mer willst und net hamme kimmst, des loß der net eifalle, wo annersch ze suche. Du bist die Fraa vom Worringer, und darnoch hochte dich aach zu halte. Käa hergelosste Weibsstück, des sich mit fremde Mannsbilder abgibt. Und kä, nun der die Weiwer was ze traufche hamme solle. Und wann de das net willst, do muß ich dafür Sorge, daß du 's net anners kimmst. Und jetzt bischte still! Ich bin müd! Ich muß schlöfe! Bring mer was ze esse.“

Sie ging mit scheuem, trübsigen Blick. Er aß ruhig, langsam kauend, wie einer, dem nichts geschehen ist. Dann rauchte er, am Fenster sitzend, eine Pfeife. Und dann, während es draußen noch dämmrig war, ging er zu Bett. Bald hörte sie sein tiefes Atmen durch die Türpalte.

Sie blieb noch lange auf. Sie scheuerte noch in der Kleinen Küche, hing das Delzeug auf, brachte die mächtigen Stiefel in Ordnung und legte Zeug bereit für seine Morgenfahrt. Dann machte sie Kaffee, legte Keißig im Herd zurecht, stellte Brot und Wurst bereit. — Und jedesmal, wenn sie in die Stube kam, warf sie einen scheuen Blick auf die Tür, hinter der er schlief — den Blick eines geprägten Hundes. — Und dann, als sie auch in die Kammer ging, hielt sie einen Augenblick das Licht hoch, so daß es den Schlafenden hell bestrahlte. Er runzelte die Stirn im Schlaf, murmelte etwas, machte eine Bewegung. Sie schrat zusammen und Wachte hurtig das Licht. Im Dunkeln leuchtete sie sich aus.

Sie wurde wach von einem Geräusch im Hof. Es war heller Tag. Ihr Mann war schon zurück von seiner Fahrt. Sie stand eilig auf. Da hantierte er mit Steinen und Mörtel. Er erhöhte die Mauer am Nachbargrundstück. Sie wurde blaß und rot, aber sie sagte nichts. Mit gleichmütiger Miene trank sie Kaffee. Und als er hämisch ein paar Worte hinwarf, da lachte sie hell auf. „Mach dich zum Narren von ganz Binge.“

Was leich mit dran. 's is schad, daß mer die Weiwer net meh inmaure kann wie zu frühere Zeite! Du hättscht mich junst längst eingemauert!“

2.
Pflingtabend war da. Und damit Binger Kirchweih, die Korb. In den Häusern schuerten und setzten die Frauen mit doppeltem Eifer, über die Straße trugen die Kinder vorchtig große Bleche mit Kuchen zum und vom Bäcker. Es duftete überall danach. Am Rheinufer war's doppelt lebendig. Die Pflingtouristen spazierten hin und her, verhandelten am Rhein mit den Schiffen, die sie nach Kubesheim oder Ahmannshausen bringen sollten. In den Wirtsgärten sah fröhliches, zehendes Volk, und hochzeitsreisende Mädchen, die um diese Zeit dort grassieren, lernten eng aneinander, romantisch-sentimental den Rhein anschauend. Und halb Bingen war am Ufer. Die Mütter hatten ihre Not mit den Kindern, die sich um das Karussell und die Buden drängten, die am Marktplatz zur Kirchweih aufgebaut wurden. Sie waren nicht fortzubringen, starteten offenen Mundes all die Herrlichkeiten an und suchten einen Blick in das Innere der Wohnwagen zu erfassen, die da aufgefahren waren, und vor denen das fahrende Volk eifrig an der Arbeit war.

Greta Worringer stand mit ihrem Jungen vor dem Karussell. — „Morge fahre wir Keißigul, immer rum, immer rum“, erzählte sie dem Kleinen. „An hunnert Lichter sin an, un Musik geht, un Ramma stigt mit dir im Keißig.“

Der Junge patzte in die Händchen. „Babba aach?“
„Ihr Gesicht wurde finster. „Wees net.“ Sie sahte das Kind unjanst am Arm und zog es fort.

Drüben am Ufer stand ihr Mann in einem Kreis von Fremden. Sie wollten eine Fahrt machen den Rhein hinab nach Burg Rheinstein und wieder zurück.

„Zerück! Aee, das gibt's net! Durchs Binger Loch 'n Rhein enuff mit zehe Personel! Des geht net!“

„Aber das habe ich mir gerade so romantisch gedacht“, sagte enttäuscht eine Dame. „Im Monatschein den Rhein hin auf im Kahn zu schweben —“

„s geht net“, unterbrach Steuermann Worringer unjanst die Schwärmerin. „Durchs Binger Loch, do schwebt sich's net enuff. Do is der Strom viel zu stark, do misse mer schon geherig arbeite, for de Lere Rahe enuff zu bringe. Und des is aach nix für Dame. Sie dhäte freische und zum Nach enauschippe wolle, wann se in de Strom käme. Un wann aach noch grad ä Schiff käm, und 's gäb ä paar geberige Wellen, do wär's fertig. — Aee, Madamche, gehe Se bernach zu Binge 'n Rhein enuff. Des is aach romantisch, oder fahre Se mit der Bahn.“

Maße im Winter abgehalten werden, schon deshalb, weil fortan Kasernen und Truppenübungsplätze die Massen der zu Übungen gerufenen Mannschaften gar nicht aufnehmen könnten. Die Militärverwaltung könne sich nicht mit dem Gedanken befremden, Unteroffiziere zu Offizieren aufzurücken zu lassen. Die Beförderung würde zu Unzutraglichkeiten führen. — Abg. Bassermann wandte sich ebenfalls gegen die sozialdemokratische Forderung. — Abg. Pleschka sprach dafür. — Genosse Südekum betonte, die Militärverwaltung sträube sich nur deshalb, weil sie nicht wolle, daß auch aus den breiten Volksmassen Leute Offiziere würden; das sei der wahre Grund. Die Militärverwaltung biete die beste Gelegenheit, solche Reformen durchzuführen. — Genosse Schöpslin äußerte sich im gleichen Sinne. — Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt, ebenso der Antrag Müller-Meinungen. Die von den Volksparteilern beantragte Streichung von Offizieren wurde ebenfalls abgelehnt, Annahme fand dagegen die vom Zentrum beantragte Streichung von 1008 Leutnants. Ebenso wurden nach dem Zentrumsantrage 1044 Unteroffiziere gestrichen. Hierauf wurden die Verhandlungen auf Montag verlagert.

Aus der Partei.

Die Entwicklung der Parteipresse. Innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte hat sich die sozialdemokratische Presse in Deutschland ganz besonders günstig entwickelt. Der Wert und die Bedeutung der unabhängigen sozialdemokratischen Presse spiegeln sich in nachstehenden Ziffern wider.

im Jahre	1871	1876	1890	1894	1899	1904	1909	1911	1912
	30 000	100 000	250 000	300 000	400 000	600 000	1 200 000	1 450 000	1 500 000

Landtagskandidatur im 5. Berliner Wahlkreis. Im fünften Berliner Wahlkreis ist am Sonntag in einer Funktionärstagung an Stelle des Gen. Verhardt der Vorsitzende des 5. Kreises, Gen. Hoffmann, als Kandidat aufgestellt worden.

Fürstliche Volksvermehrung.

Für den zunehmenden Geburtenrückgang im deutschen Reich haben die reaktionären Parteien die wachsende Sittenlosigkeit der herrschenden Bevölkerung, namentlich des „sozialdemokratisch verfaulenden“ Proletariats, verantwortlich gemacht.

So sehr ist der Schrecken über die verminderte Geburtenziffer unserer Herrschenden in die Glieder gefahren, daß Minister v. Dallwitz sogar die Regierungspräsidenten angewiesen hat, den Ursachen der Erscheinung nachzuspüren. Man setzt dabei aber die Unmoral und die Sittenlosigkeit, die immer mehr im Volke Eingang finden und hindern, daß Väter und Mütter die Last, Sorgen und Schmerzen einer großen Kinderzahl auf sich nehmen.

Das ist für Dr. Otto Ehinger Anlaß zu einer wissenschaftlichen Untersuchung über „Ethische Moral und Geburtenvermehrung“ geworden, deren Ergebnisse er in der „Neuen Generation“ veröffentlicht. Herr Dr. Ehinger hat u. a. auch die Fruchtbarkeitsverhältnisse in den regierenden Familien des Reiches untersucht und stellt die eigenartige Erscheinung fest, daß gewöhnlich nur die Ehe der Erstgeborenen (Könige, Kronprinzen usw.) mit Kindern reich gesegnet ist, während in den übrigen Zweigen der Familien im allgemeinen Zwitwilerregnen herrscht, sehr oft aber auch völlige Kinderlosigkeit zu konstatieren ist.

Charakteristisch hierfür ist gerade die Familie Hohenzollern. Der jetzige Kaiser besitzt sieben Kinder, seine väterliche und großväterliche Familie waren gleichfalls reich mit Kindern gesegnet und in der Ehe seines ältesten Sohnes, des Kronprinzen, wurden im Laufe der ersten sechs Jahre bereits vier Kinder geboren. Ganz anders sieht es in den

Seitenlinien aus. In der Ehe des Großkronprinzen des Kaisers und seiner männlichen Nachkommen sind meist nur ein oder zwei, selten drei Kinder vorhanden. Der Bruder des Kaisers, Prinz Heinrich, besitzt zwei, der seit vier Jahren verheiratete Bruder des Kronprinzen, August Wilhelm, hat eins, sein seit sechs Jahren verheirateter Bruder Eitel Friedrich überhaupt kein Kind.

Der Ehe des bayerischen Thronfolgers sind neun Kinder entsprossen, der seines Erben nach kurzer Dauer drei. Dagegen sind in den zahlreichen Nebenlinien des regierenden Stammes in der letzten Generation gar keine oder nur ganz wenige Kinder geboren worden. Während der König von Sachsen sechs Kinder besitzt, blieb sein Bruder in zweimaliger Ehe kinderlos; der andere, Prinz Max, ist als katholischer Priester überhaupt nicht verheiratet. Der König von Württemberg hat allerdings nur eine Tochter. Von den drei Söhnen des Chers der fünften Linie zeugte der auf die Kronen Württembergs erberechtigte sechs, die beiden andern keine Kinder.

Der Storch ist überall gleich gut dreifert. Er sorgt mit größtem Eifer dafür, daß die Linie der Erstgeburt nicht ausstirbt, legt sich aber sonst in seinen Besuchen die taktvollste Zurückhaltung auf. Ueber die Ursachen dieser eigenartigen Erscheinung läßt sich der Verfasser weiter nicht aus. Hoffentlich wird es auch nicht nötig sein, dies delikate Thema eingehender zu erörtern, um dem Gerücht von der „Sittenlosigkeit des Proletariats“, die an dem Geburtenrückgang die Schuld trage, ein Ende zu bereiten. Es ist ja immerhin ein Unterschied, ob eine Familie mit 18 Millionen Mark Einkommen sich sieben Kinder leistet oder eine solche mit 800 Mark. Was dort höchstens der Mutter einige Monate körperliche Beschwerden verursacht, wird hier zur Ursache fürchterlicher Not, nie endender Entbehrungen, Vernachlässigung der einzelnen Kinder usw. Die Proletarier haben nun einmal keine Kronen zu vererben, und darum darf man auch keinen Stein auf sie werfen, wenn sie sich weniger an das Beispiel der Regierenden halten, als an das Beispiel jener, die ebenso wie sie — freilich nicht in ebenso drückender Weise wie sie — vom Rechte der Erstgeburt ausgeschlossen sind.

Das preussische „Geldsackparlament“ in gerichtlicher Beleuchtung.

Der Redakteur des „Vorwärts“, Genosse Albert Wachs, der bereits am 8. November 1912 wegen Beleidigung des preussischen Abgeordnetenhauses, begangen in einem Artikel mit der Ueberschrift: „Reaktionäre Affentomödie“, zu 200 Mk. Strafe verurteilt wurde, hatte sich am Freitag nochmals vor der 11. Strafkammer des Landgerichts Berlin I zu verantworten, da der Revision des Staatsanwalts, der zwei Monate Gefängnis beantragt hatte, vom Reichsgericht stattgegeben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurückverwiesen wurde. In der Verhandlung am Freitag führte wiederum Landgerichtsdirektor Dr. Karsten den Vorsitz, die Anklagebehörde vertrat Oberstaatsanwalt Chreszjinski, die Verteidigung führte Rechtsanwalt Genosse Dr. Heine und Rechtsanwältin Genosse Dr. Heinemann. Aus der Verkündung des Urteils des Reichsgerichts ging hervor, daß das Reichsgericht nicht nur das Wort „Lollhaus“, wegen dessen die Strafkammer den Angeklagten verurteilt hatte, sondern auch die Bezeichnung „Geldsackparlament“ als beleidigend angesehen hat.

Die Verteidiger beantragten, die amtlichen Sitzungsprotokolle des Abgeordnetenhauses zu verlesen, aus denen hervorgehe, daß die sechs sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten von der Mehrheit systematisch und planmäßig verungewaltigt worden seien. Der Präsident v. Kröcher ganz besonders habe die sozialdemokratischen Abgeordneten ungerügt beleidigen lassen und sie auch selbst beleidigt, während er Ausdrücke der Sozialdemokraten sofort gerügt habe. Der Oberstaatsanwalt widersprach dem Antrage. Daß eine Erregung gegen die Sozialdemokraten im Abgeordnetenhause herrsche, sei allgemein bekannt; wenn dem Antrage stattgegeben werden sollte, müßte der Grund der Erregung näher dargelegt werden. Rechtsanwältin Dr. Heine erwiderte, er habe gar nichts dagegen, wenn eine Anzahl Abgeordnete der Gegenpartei hier als Zeugen auftreten, um zu bekunden, daß und weshalb ein solcher Ton im Abgeordnetenhause vorwalte, er werde allerdings dann im Gegenzuge stehen. Der Gerichtshof beschloß, den Antrag abzulehnen, da er mit dem vorliegenden Gegenstand in keinem Zusammenhang stehe. Der Oberstaatsanwalt Dr. Chreszjinski führte alsdann aus, daß allerdings in einem Dreifachparlament der Besitz die Mehrheit habe, daß aber trotzdem der Ausdruck „Geldsackparla-

ment“ eine Beleidigung sei. Er beantragte wiederum zwei Monate Gefängnis; die Verteidiger beantragten in längerem Neben die Freisprechung. Sie suchten den Nachweis zu führen, daß eine Beleidigung in dem zur Anklage stehenden Artikel nicht enthalten sei. Rechtsanwalt Heinemann führte aus, daß die Verurteilungen des Oberstaatsanwalts, den Angeklagten würde eine Geldstrafe nicht treffen, sich doch nur gegen die Parteistellung des Angeklagten richte; dem Redakteur einer anderen Richtung gegenüber würde diese Verurteilung wohl nicht gefallen sein. Oberstaatsanwalt Dr. Chreszjinski: Der Herr Verteidiger hat eine Verurteilung getan, die in einem Gerichtssaal nicht vorzukommen sollte. Ich muß nachdrücklich zurückschicken, daß ich irgend etwas äußere, was sich gegen eine politische Partei richtet. Ich kann nicht für alle Staatsanwälte des Reichs einstehen, bin aber genötigt, die Staatsanwälte, die täglich angegriffen werden, in Schutz zu nehmen, und muß die Verurteilung, daß ich aus politischen Motiven heraus eine Verurteilung tue, nachdrücklich zurückweisen. Ich habe noch niemals einen Angeklagten nach seiner Parteistellung beurteilt, sondern handle durchaus sachlich. Wenn ich gesagt habe, eine Geldstrafe würde den Angeklagten nicht treffen, weil er sie niemals bezahlen würde, so ist das meine Ueberzeugung. Das hat aber mit der politischen Parteistellung des Angeklagten absolut nichts zu tun. Rechtsanwalt Heinemann: Ich bin entfernt, an der Verurteilung des Herrn Oberstaatsanwalts irgendwie zu zweifeln, aber wenn auch der Herr Oberstaatsanwalt nicht direkt gesagt hat, es handle sich um einen sozialdemokratischen Redakteur, so wird er doch zweifellos zugeben müssen, daß derartige Verurteilungen, die wiederholt im Gerichtssaal gefallen sind, sich immer nur gegen Sozialdemokraten richten. Ich habe noch niemals gehört, daß die Verurteilung eines Staatsanwalts, den Angeklagten treffe eine Geldstrafe nicht, gegen den Redakteur eines bürgerlichen Blattes gefallen ist. Der Oberstaatsanwalt verscherte wiederholt, daß ihm die politische Parteistellung eines Angeklagten gleichgültig sei. — Darauf zog sich der Gerichtshof gegen 1 Uhr mittags zur Beratung zurück.

Nach mehrstündiger Beratung des Gerichtshofes verkündete der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Dr. Karsten folgenden Urteil:

Der Gerichtshof hat sowohl in dem Worte „Lollhaus“ als auch in den Worten „Geldsackparlament“ und „Junckerparlament“ eine Beleidigung erblickt, die sich nicht gegen eine Richtung, sondern gegen das gesamte Abgeordnetenhause richtet. Dem Angeklagten ist wohl der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches zugestanden worden, jedoch gehe aus der Form und den Umständen die Absicht der Beleidigung hervor. Angeklagter der Schwere der Beleidigung hat der Gerichtshof von einer Geldstrafe Abstand genommen und, wie schon kurz gemeldet, auf sechs Wochen Gefängnis erkannt. Dem preussischen Abgeordnetenhause wird die Befugnis zugesprochen, den entscheidenden Teil des Urteils nach erlangter Rechtskraft auf Kosten des Angeklagten im „Reichsanzeiger“ und im „Vorwärts“ zu veröffentlichen.

Gemeinschaftsbewegung.

Bauarbeiterausperrung in Bad Harzburg. Im Amte Bad Harzburg im Herzogtum Braunschweig sind 250 Bauarbeiter ausgesperrt worden, weil die Zimmerer die Arbeit eingestellt hatten. Bei den Vorverhandlungen zum zentralen Tarif weigerten sich die Harzburger Unternehmer, unter Vorsitz des Unparteiischen Geh. Rat Stegemann, der die ganzen Verhandlungen für das Herzogtum Braunschweig leitete, überhaupt mit den Arbeiterorganisationen zu verhandeln. Sie stellten sich damit außerhalb der zentralen Schiedsgerichtsverhandlungen, wollen aber jetzt den Abmachungen zustimmen, nachdem sie für die Unternehmer günstig ausgefallen sind. Die Zimmerer fordern eine Erhöhung des Stundenlohnes von 45 auf 55 Pfg. in drei Jahren in Stufen von 5 und 3 und 2 Pfg. Das zentrale Schiedsgericht hatte auf Zulassung von 2 und 1 und 1 Pfg. erkannt. Die Zimmerer wollten verhandeln. Die Unternehmer verfielen jedoch den Verhandlungstag wiederholt, so daß der Streit beschloffen wurde. Die Antwort der Unternehmer ist die Aussperrung der gesamten Bauarbeiter.

Nachlänge vom vorjährigen Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet. Die Motive des vorjährigen Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet waren Gegenstand einer siebenstündigen Verhandlung vor dem Schöffengericht in Essen. Während und nach dem Streit hatte das Essener Zentrumblatt, die „Volkszeitung“, Artikel veröffentlicht, in denen sie die Führer des alten Verbandes angriff. Es wurde ihnen vorgeworfen, daß sie sich durch Bestechung mit englischem Gelde zur Injanzierung des Streiks hätten bestimmen lassen, daß sie ferner beim An-

Die Dame sah ihn empört an. Dann wandte sie sich an einen jungen, schlanken Rentner in Schifferkleidung, der ein rotes Halstuch nachlässig um den Hals geschlungen hatte.

„Ja“, sagte sie lächelnd, „kann man denn gar keine Kabinfahrt im Mondlicht machen mit dem Kahn? Ich habe mir das so herrlich gedacht.“

Stenemann Worringer sah finster auf den andern.

Der wart ihm einen triumphierenden Blick zu: „Freilich keine Sie das. Freilich.“ rief er und lächelte sie läutig an. „So geht mir's mit dem Kahn, er muß bis gegen Mitternacht, und so legt Sie sich in 'n Nach, um mer Jahre Sie weit uff 'n Rhein enaus und 'n Stid enuff an der Ku, und do kenne mer was demnach enausen merne lasse bis Sänge, an wann Sie wolle, do kenne Sie an der Ku anstehige und 'n bische erumtrentere. Um acht Uhr geht der Mond uff, und do is es arg schön, und Sie seche Radesheime und die Germania und Finge an 'n ganze Hochsberg. Und des is aach ganz ungeschicklich, do ka'n 'n Welle, und 's Wasser is so glatt wie 'n Spiegel.“

„Was für eine Ka denn, was ist das?“

„No, die Insel do drümmen.“ Er wies nach einem kleinen, baumbeschatteten Inselchen, das im Strom schwamm.

„No ja! Ist eine Insel! Ka, wie postlich! Ja, das mocht wir.“ Die Damen waren begierig.

„Und der hübsche Schiffer soll uns fahren.“ flüchelte eine der Damen. — „Nicht der andere, der große, vor dem fürchte ich mich.“

Die beiden Schiffer hörten es. Stenemann Worringer drückte sich kurz um. — Über der andere sagte rasch: „Dobereu müße der große sein, Herrsche, Herrsche!“ — Und zwei dächlige. Der Worringer an sich schaute das, gell Worringer?“

„Sorg für dich selber, Hessemer“, sagte der kurz und rasch. „Kannst dich net am Ammericks Schif. — Ich brauch dich net, wenn ich 'n Fährer hawwe will.“

„Ja, sagte ich einer der Herren ins Mittel.“

„Kannst dich nehmen mit die beiden Leute. — Über dann les, lass' wille's zu sein.“

Der finstern Blick ging Worringer den Fremden voran. Es warnte ihn, daß er mit dem — gerade mit dem einen Schiffer nicht gehen sollte. Aber der Hessemer sollte auch nicht denken, daß er ihn anmerkte. Daß er Angst habe, der Gretchen wegen. — Er sah sie drüber am Ufer liegen, den Jungen an der Hand. — Mit finstern Gesicht ging er hinüber zu ihr. „Ich hawwe 'n Fährer nach Radesheim“, sagte er rasch. „Schiff mit 'n Kahn, kenne dich net do erumtrentere.“ 's Hessemer sah schamlos auf die Ka.

„Morge fahre mer Reitschul, Babba.“ plapperte das Kind.

„Reitschul?“ Sein Gesicht wurde blaurot. „Morge muß Babba mit 'm Schif fahre.“

„Ka, ich mit Mamma! Im Kütsche obder uff 'm Gausche. — Und Mamma aach!“

Die Frau sah verärgert in ihres Mannes Gesicht. Der lachte auf. — „Uff 'm Gaus will se fahre, der Mamma! Do geger se nur! — Schab, daß se net mit kurze Köd uff 'm Gaus reide kenne, wie die Weimer von de Seildänger! Des war 's Richtige for se.“

Das Kind klatschte in die Hände. —

„Ur ich aach! Ich aach Gausla, Babba.“

Er rief den Jungen unfreundlich von sich. — „Scher dich hөөr. eilomatisch mit 'm Bub. — 's fehlt grad noch, daß da aach 'n Kopf voll Flaue kriegt, wie sei Rudder! Amwer ich werd se em ausdreime.“

Die Fremden waren vorangegangen. Er schaute ihnen feindselig nach.

„Do gehe se, die Crumtreimer! — Die Weimer wolle lieber mit 'm Hessemer fahre als mit mir. — Der wääh ze schwäche und 'n die Köpp ze verdröbe und mit de Lage zu bläntern. So 's Windbeutel 'n verfluchter. Amwer des macht die Weimer verrückt, die narzige! Do kenne se wie Mude uff 'n Stump! — Do gud der'n an, der Hessemer, wie er scharmuziert und de Kur machi! So 's Scherzjäger!“ — Er sah seine Frau harr und leuernd an. — Dann drehte er sich kurz um und ging hapsend, wiegend, weit ausholend den anderen nach. —

Die Frau sah ihm eine Weile lang nach. Zwischen ihren Brauen erschienen zwei tiefe Furchen, und das junge, weiche Gesicht wurde hart. Sie nahm das Kind an die Hand und ging schmer und müde nach Hans.

Stenemann Worringer holte die Fremden ein. Die Damen schwagten läutig mit dem hübschen Schiffer, der seine Käse fasten aufs linke Ohr ruckte. — Sie ließen sich auch durch die finstern Blicke Worringers nicht beirren. — Am Rheinufer anwärts ging's eine Weile. — Weiter oben schaukelten zwei Köpfe leise auf dem graulichen Wasser.

„Mer kenne der Rache, Worringer“, sagte der Hessemer. „Mer großer is doch noch zu kenne, mei annerer, der is zum Rebariere farr.“

Der große, flache Kahn wurde aus Land gezogen. — Unter Säcken und Anstreichern flogen die Damen ein, langsam und bedächtig die Herren. —

„Schmecke dir'se mit“, sagte Worringer kurz. „'s hot se im Gesicht, amwer wenn se uff emol Angst kriegt

und uffspringe.“ — „...“, so kenne's doch bassieren, daß der Raue von... und se falle ins Wasser.“

„Ach was“, sagte der andere lustig, „'s is net schlimm! Der Rhei is so still wie 'n Spiegel, um wann se aach 'n bische Dummhäute mache, des schadt nix! — Nor net uffspringe, un vor Schrede selwer ins Wasser hippe. Und do gucke se jetzt emol, wie schen die Sonu' untergeht! Extra vor Sie bestell, und driuwe umwer'm Rheingau kimmt schon da Mond enuff.“

Mit starken Ruderschlägen flog jetzt der Kahn in den offenen Strom hinaus. — Die Sonne stand tief, schon fast am Scheitel der Waldberge, und übergoß die weite Fläche mit rotgoldenem Schein. — Die weißen Häuser Radesheims spiegeln in ihren Fenstern das Abendlicht wider, die Germania stand im Goldschimmer, weiter draußen strahlten die Türme einer Kirche rot — und ein funkelnder Strahl schob von einem Fenster des Schlosses Johannisberg wie ein Scheinwerfer. Am diesseitigen Ufer leuchtete die Radeskirche von dem waldigen Berg — über den Häusern von Wingen hing weißer, kräuselnder Rauch aus den Schornsteinen. Und begannen die Glocken zu läuten, tief und voll von der altersschwarzen Kirche Bingsens, ein helles Geläut vom Berg fiel ein, und wie ein Echo kam's von Radesheim herüber.

Die Fremden sahen ganz still. Sie schauten und hörten. Der Kahn zog langsam rheinaufwärts und näherte sich der kleinen Insel, die mit ihren frühlinggrünen Bäumen und Weidenbüschen wie eine Insel der Seligen in dem goldenroten Strom schwamm. — Ein leiser Duft lag darüber, ein Dämmerungsnebel. — Knirschend stieß der Kahn auf den Sand auf. — Nun wurden sie alle lebendig. — Mit entzückten Ausrufen drängten sie zum Aussteigen. — Finster sah Worringer zu, wie der andere galant und geschmeidig die Damen herausgab, die dem ganz mit kurzem, blumigen Gras bewachsenen Inselchen zustrebten. — Wie spielerische Kinder zerstreuten sie sich jauchzend, während die Glocken voll und klar weiterläuteten, die Sonne langsam sank und der Mond blaß und groß hinter Johannisberg heraufkam. —

Die beiden Schiffer blieben allein im Boot. Zerstreut schnitzte der jüngere mit dem Messer an einem Weidenzweig, während der andere finster auf den Rhein starrte, auf dem der rote Sonnenglanz jetzt erlosch. Grüngrau gludhte das Wasser in kleinen Wellchen an die Kahnwände.

Eine Weile saßen sie ganz still. — Dann hob der Ältere den Kopf und sah den Jüngeren starr an. — Der wurde rot unter dem Blick.

(Nachdruck verboten.)

drohen des Abzuges der Kontraktstrafe durch die Unter-nehmer öffentlich und den mitkämpfenden Verbänden gegen-über zum Ausschuss gemahnt, hinterläßt ihre Mitglieder aber mit Arbeitskarten versehen und in die Gruben geschickt hätten, und daß der strikol begonnene Streik nicht aus sach-lichen Gründen inszeniert worden sei. Vielmehr habe durch den Streik der christliche Gewerbeverein zertrümmert und außerdem hätte er der Sozialdemokratie fruchtbar gemacht werden sollen. Gegen den verantwortlichen Redakteur der „Volkszeitung“, Hanhammer wurde Strafantrag gestellt. Die Sache hat infolge verschiedener Umstände mehrfach vertagt werden müssen, weshalb sie erst jetzt zur Verhandlung kam. Für den ersten Punkt erklärte der Verteidiger einen Wahrheitsbeweis nicht antreten zu können und auch nicht zu wollen, weil der Vorwurf in dem Artikel gar nicht gemacht sei. Aber auch die Beweisführungen für die anderen Behauptungen sind alle mißlungen. Während die von dem Angeklagten dafür genannten Zeugen Herrmann Imbusch und Giesberts über die Sache überhaupt nichts Greifbares wußten, konnte der Verbandssekretär Husemann bekunden, daß die Karten mit Stempel der verbündeten Organisationsleitungen nur für Invaliden, die an der Förderung nicht beteiligt sind, ausge-stellt wurden, und daß der Verband noch keine 100 solcher Karten im ganzen ausgestellt hat. Ueber die angeblich un-gesetzlichen Motive des Streiks wußten die Zeugen des Ange-klagten ebensowenig irgend eine positive Angabe zu machen. Die Herren kamen immer wieder auf die Behauptung zurück, daß die Aussichten für den Streik nicht so günstig gewesen wären, und daß umso weniger Anlaß dafür vorhanden ge-wesen sei, als ja der Zechenverband bereits eine Lohn-erhöhung zum 1. April zugesagt hatte und auch der Minister-Präsident in jener Berliner Konferenz stark dafür bemühte, die Zechenverwaltungen zu Verhandlungen zu bewegen. Weil nicht abgewartet worden sei, ob die Verprechungen inne-gehalten würden, hätten nur die von ihnen angenommenen Gründe maßgebend für den Streikbeschuß gewesen sein kö-nnen. Das sei auch aus einem Artikel des „Vorwärts“ klar hervorgegangen. Zudem hätte auch das Geld des Verbandes zu einem Streik nicht ausgereicht. — In der Hitze des Gefechts entschloß sich dem Herrn Imbusch das Geständnis, daß ein Streik nicht nötig gewesen sein dürfte, wenn der Gewerbeverein die Lohnbewegung mitgemacht hätte. — Durch das Zeugnis des Genossen Hue wurde der wahre Verlauf der Lohnbewe-gung, die bis 1910 zurückreicht, einwandfrei dargelegt. Der Verteidiger des Angeklagten machte die verzweifeltsten An-strengungen, das Gericht glauben zu machen, daß der Ange-klagte in Abwehr gehandelt und daß er laut § 193 freizusprechen sei. Kühn erklärte er darüber hinaus, daß abgesehen von dem ersten Punkt der Behauptungen die übrigen durch die Beweisaufnahme erwiesen seien. Das Gericht hielt den Vorwurf der Bestechung für tatsächlich erhoben. Rechts-anwalt Herzfeld, der Vertreter der Kläger, zerstörte die kunst-vollen Debattationen des Gegners, und das Gericht erklärte alle drei Behauptungen für beleidigend. Der Beweis sei aber für keine der Behauptungen erbracht. Der Schuß des § 193 könne nicht in Frage kommen. — Das Urteil lautete wegen jeder der die Beleidigungen enthaltenden Nummern der „Volkszeitung“ auf 50 Mk. Geldstrafe und außerdem Publikationsbefugnis in vier Zeitungen.

Lohnunterschiede in der Heilbronner Heizungs- und Be-leuchtungsindustrie. Bei der „Gesellschaft für Heizungs- und Beleuchtungsarbeiten“ in Heilbronn a. N. haben vor einiger Zeit die Arbeiter ganz geringfügige Forderungen gestellt, sie forderten eine Stunde Arbeitszeitverkürzung pro Woche und 2 Pfg. Lohnzulage pro Stunde. Die Direktion lehnte die Forderungen in brüsker Weise ab. Die Arbeiter reichten daraufhin die Kündigung ein, die am 24. Mai abgelaufen ist. Die Firma sucht jetzt selbst in Parteizeitungen „Tüchtige, selbständige, und erfahrene Kesselschmiede für dauernde Be-schäftigung. Eintritt sollte Montag den 26. Mai geschehen. Angebote, Zeugnisabschriften und Gehaltsanprüche sollten eingereicht werden an die betr. Expeditionen.“ Der Betrieb gehört mit zu denjenigen, der in den Arbeitsverhältnissen aber auch alles zu wünschen übrig läßt. Fortgesetzt ist die Firma bemüht, Leute von auswärts nach Heilbronn unter den schönsten Versprechungen zu locken, und wenn sie erst da sind, sehen sie ein, wie sie hereingefallen sind. In dem Inferat wird von hohen Löhnen gesprochen. Für Kesselschmiede be-trägt der Höchstlohn pro Stunde 50 Pfg. In den meisten Fällen wird ein noch niedrigerer Lohn bezahlt. Wiederholt mußten Klagen beim Gewerbegericht anhängig gemacht wer-den, um den Arbeitern zu ihrem Rechte zu verhelfen. Der Be-trieb ist der reinste Taubenschlag. Jede Woche fangen 8—10 Arbeiter an, ebensoviel hören wieder auf. Die Affordpreise sind geradezu miserabel. Jedes Verhandeln mit der Organi-sation wird brüsk abgewiesen, und die Behandlung, die Herr Direktor Pfälzer nicht nur seinen Arbeitern, sondern auch dem Bureaupersonal angedeihen läßt, spottet aller Be-schreibung. Die technische Einrichtung des Betriebes läßt alles zu wünschen übrig. Neben den notwendigen gelernten Leu-ten werden lauter ungelernete Arbeiter, meistens Leute in sehr jungem Alter beschäftigt, denen man nicht viel Lohn zu bezahlen braucht. — Vorliegendes dürfte genügen, allen Kesselschmieden, Schweißern, Schmieden usw. die Lust zu nehmen, in diesem Betrieb die Arbeit anzunehmen.

Ein mißglückter Vorstoß gegen die Versammlungs-freiheit. In Bernstadt i. Sa. berief ein Genosse eine Zentlarbeiterversammlung ein, leitete sie und nahm natür-lich nicht den geringsten Anstoß daran, daß auch Personen unter 18 Jahren in dieser Gewerkschaftsversammlung anwe-send waren. Die sächsische Behörde machte indessen den Ver-buch, die Gewerkschaftsversammlung zu einer politischen zu stampeln und sandte dem Versammlungsleiter einen Straf-befehl über 2 Mk. Aus prinzipiellen Gründen beantragte der mit dem Strafmandat Bedachte richterliche Entscheidung und er hatte die Genehmigung, daß das Löbauer Schöffengericht den amtschauptmannschaftlichen Strafbefehl aufhob und auch noch die Kosten des Angeklagten auf die Staats-kasse übernahm.

Große Beschäftigungslosigkeit in der Stickerie-Industrie. Im Vogtlande und im Erzgebirge stehen ganze Betriebe still aus Mangel an Arbeit. Auch auf einen Teil der Webereien, die die Musselme für die Stickerie herstellen, hat sich die Krise übertragen. Die Arbeitslosigkeit der Stickerie-arbeiter ist infolgedessen ungeheuer groß. Not und Glend ist in die Familien der Stickeriearbeiter eingezogen. Die einzige Hilfe, die die Arbeiterfamilien in diesen Zeiten der Not haben, ist die Organisation, der deutsche Zentlarbeiterverband. Durch Zahlung der Arbeitslosen-Unterstützung sucht er seine Mit-glieder vor dem größten Glend zu schützen. Die Filiale Plauen des Verbandes hat seit dem 1. März bis 17. Mai ds. Js. auf Kosten der Hauptkasse 5688 Mk. und auf Kosten der Lokalkasse 1845,80 Mk., zusammen 7028,40 Mk. als Arbeitslosenunterstützung zur Auszahlung gebracht. Wie stark die Krise noch fortzweitet, erhellt daraus, daß die ausbezahlte Unterstützungssumme ständig stieg. In der Woche zum 1. März wurden 229,70 Mk., in der Woche zum 17. Mai 854,50 Mk. Unterstützung gezahlt.

Proletarier der Lüste.

Wir haben bereits vor einiger Zeit an der Hand von Beispielen die Lage der Proletarier der Lüste geschildert.

Heute können wir auf Grund eines Artikels der Berliner Zeitschrift „Der Kritiker“ einen weiteren Beitrag zu diesem Kapitel liefern. Bekanntlich hat das deutsche Volk eine Nationalflugspende aufgebracht, zu deren Größe auch so man-chen Arbeiters Sporgroschen — meist unfreiwillig — beige-tragen hatte. Aus dieser Spende sollen Flughäfen und Schüler unterstützt werden, und zwar entfallen für je in der Luft zugebrachte sechzig Minuten 1000 Mark als Preis. Von diesem mit graufiger Lebensgefahr verdienten Ehrengeld ver-langt aber die Fabrik, die dem Piloten das Flugzeug ver-mietete, die Kleinigkeit von 500 Mark Leihgebühr, vielleicht hat sie für das Sündengeld auch einen anderen, schöner kün-genden Namen. 500 Mark für eine Stunde Entlehnung einer alten, abgebrauchten Maschine! Wahrlich, der Kapitalismus weiß kein Anlagengeld auszunützen! Freilich, er übernimmt ja wohl auch eine Gefahr; wie, wenn der Flieger abstürzt, die kostbare, teure Maschine zertrümmert wird? O, dafür ist weise gesorgt; auch für den etwa entstehenden Schaden hat der Flieger mit einem gerechten, gleichen Prozentsatz von 50 : 50 aufzukommen. Daß der Pilot mit einem weit größeren Einsatz, mit Gesundheit, Leben und Not der Familie für ein Werk des Fortschritts der Menschheit eintritt, das kümmert den kapitalistischen Unternehmer wenig. Der andere hat ja doch die Ehre und außerdem, wenn's gut geht, eine schöne „Leid“! Als Sedlmayer seinen Sechsstundenflug hinter sich hatte, bekam er 6000 Mark als Preis, wovon 3000 Mark, natürlich wohlverdient, für die alte Schulmaschine als Miete in die Kasse der Fabrik wanderten. Natürlich beteiligt sich auch der Staat an der Auswurgung des glücklichen Fliegers, der seine Knochen heil wieder zur Erde gebracht hat. Jeder Preisträger übernimmt mit dem Geld auch eine Verpflich-tung, sich für den Kriegsfall unbeschränkt vom Veropferplan schieben zu lassen, im Frieden sich aber während des folgenden Jahres der Kriegsverwaltung für eine dreiwöchige Übung zur Verfügung zu stellen. Auf daß auch die kapitalistischen Versicherungsgesellschaften nicht leer ausgehen, ist der Preis-bewerber, ob bereits versichert oder nicht, der Bedingung unterworfen, vor Antritt des Fluges an die „Vittoria“ eine Versicherungsprämie von 180 Mark zu entrichten.

Aber nicht genug an dem! Jeder Schüler einer solchen Flughäfen, zu deren Entwicklung teilweise die National-flugspende gesammelt worden war, hat nach § 2 des zu schlie-ßenden Vertrages 2500 Mark als Kautions-, als Sicherheits-geld zu erlegen; offenbar zu dem Zwecke, damit er mit der Maschine nicht in ferne Länder durchgehe, denn ein etwaiger Materialschaden ist ja anderweitig gedeckt. Das Kuratorium jener Flughäfen des deutschen Volkes fordert also von einem Flughäfen, der, von dem idealen Gedanken einer Erweite-rung menschlichen Könnens erfüllt, große Gefahren an Leib und Leben auf sich nimmt, daß er diese Ehre auch mit seinem Vermögen bezahle. Er hat sich seine Ausrüstung und die Kosten des mehrmonatigen Aufenthalts selbst zu beschaffen, 2500 Mark Sicherungsgeld zu erlegen und den Fabrikanten die Verzinsung ihres Anlagengeldes mit fünfzig Prozent seines Anteils an der Nationalspende zu bewerkstelligen. Sieben-einhalb Millionen der Flughäfen erliegen bei Mendel-s-ohn zu niedriger Verzinsung, 187 500 Mark als Kautitionen von 75 Flughäfen sind, ohne einen Einlagenszins zu tragen, ebendorthin gewandert und das Banthaus „arbeitet“ damit nach freier Willkür an neuen Maschinen zu neuer Ausbeutung der Proletarier der Lüste — denn was sind diese Flughäfen anderes?

Aber einem armen Monteur zum Beispiel, der in sich den Gedanken der Mitarbeit an einem Kulturwerk ersten Ranges trägt, ist die Ausbildung in der vom Gesamtvolk unterstützten Fliegerhäfen unmöglich gemacht, weil er nicht 2500 Mark auf den Tisch der Ausbeuter legen kann. Ob das der Wille der spendenden Nation gewesen ist? Sieht man da nicht lebendig die hohen Herren des Kuratoriums vor sich mit Glase, Mo-natel und Modeweite, wie sie am grünen Tische sitzen und, von einem noch mächtigeren als sie beherrscht, mit Tüfteleien, Paragrafen und papierenen Ausführungsbestimmungen eine gute, schöne Menschheitsfrage erdröseln? Aber die Wölfer schweigen und sammeln Nationalflugspenden — dem Ka-pitalismus und Militarismus zu Ehren.

Soziales.

Besteht ein Züchtigungsrecht der Dienstherrschaft gegen den Diensthöher? Diese Frage ist zu verneinen. Selbst die mittelalterlichen Gefindeordnungen sprechen ein solches Recht nicht aus. Wo dies vereinzelte geschieht, sind solche Verordnungen durch Artikel 95 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch aufgehoben. Dort heißt es: „Ein Züchtigungsrecht steht dem Dienstherrn gegenüber dem Gefinde nicht zu.“ Allerdings verbürgen einige Gefindeordnungen der Herr-schaft, wenn sie den Diensthöher mit „geringen Tüfteleien“ behandelt, Straffreiheit. So sagt z. B. § 77 der Preußi-schen Gefinde-Ordnung: „Reizt das Gefinde die Herrschaft durch ungebührliches Betragen zum Zorn, und wird es in seibigem von ihr mit Scheltworten oder geringen Tüfteleien behandelt, so kann es dafür keine gerichtliche Genugtuung fordern.“ Ob dieser Paragraph noch zu Recht besteht oder nicht, darüber streiten sich die Kommentatoren der Gefinde-Ordnun-gen. Gerhard sagt: § 77 ist bereits aufgehoben durch das Strafgesetzbuch. Lindenbergh sagt: In der Theorie nimmt man vielfach an, daß § 77 in die vom Strafgesetzbuch geregelten Materien eingreife und daher durch das Ein-führungsgesetz zum Strafgesetzbuch außer Kraft gesetzt sei. Die Praxis habe aber daran festgehalten, daß der § 77 durch das Strafgesetzbuch weder aufgehoben noch geändert ist. In der Tat beweisen ja die Gerichtsverhandlungen und Urteile, daß Diensthöher beschimpft und geschlagen und obendrein noch be-straft wurden. Wir müssen aber die Praxis bekämpfen, die darauf hinausläuft, daß wohl der Herrschaft kein Züchtigungsrecht zusteht, daß ihr aber, wenn sie es ausübt, dafür keine Strafe droht. Das Fortbestehen der veralteten Be-stimmungen der Gefindeordnungen ermutigt manche „Herr-schaft“, sich das Recht anzumaken, ihre Angestellten roh und ehrverletzend zu behandeln. Aber auch die Dienenden werden wegen der vielen Schwierigkeiten, die der klagenden Partei zufallen, und wegen der geringen Bestrafung der Schuldigen in der Ueberzeugung bestärkt, daß die Herrschaft ein Recht habe, die bei ihnen in Arbeit stehenden zu drangalieren, zu peinigen, zu beschimpfen und schließlich gar zu züchtigen. Die-ses Recht besteht aber nach dem Gesetz nicht und es ist unsere Aufgabe, die Arbeiterschaft, deren Kinder in Dienst gehen, und die Hausangestellten selbst davon zu unterrichten, daß sie der Herrschaft nicht mehr Recht einräumen, als diese soweit schon haben und daß sie die geringen Rechte, die den Haus-angestellten nach dem Gesetz zustehen, mit Hilfe ihres Ver-bandes ausnützen. Allerdings werden ja die Dienenden sel-ten in der Lage sein, den Rechtsweg zu beschreiten, wenn sie nicht dem Verbands der Hausange-stellten angehören, der es sich neben seinen sonstigen Zwecken, der Hebung der wirtschaftlichen Lage und der För-derung der geistigen Interessen der Hausangestellten, ganz besonders angelegen sein läßt, seine Mitglieder gegen un-gerechtes Unrecht zu schützen und zu verteidigen. Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands, Berlin, Engel-Arter 21. — Nähere Auskunft erteilt Frau Peck, Lübeck, Meierstr. 43a.

Volksfürsorge und Sozialdemokratie. Obwohl bei der mündlichen Verhandlung über die inwischen erfolgte Kon-zeptionierung der Volksfürsorge die dündige, jeden Zweifel ausschließende und von der Aufsichtsinstanz als ausreichend

erachtete Erklärung abgegeben ist, daß an der Volksfürsorge die sozialdemokratische Partei in keiner Weise beteiligt ist, und obwohl ohne weiteres feststeht, daß eine Verneinung der Mittel der Volksfürsorge für irgendwelche politische Zwecke zu den Unmöglichkeit gehört, können gewisse Blätter es sich nicht abgewöhnen, die Volksfür-sorge in gehässiger Weise mit der Sozialdemokratie zu identi-fizieren und ihr zu unterstellen, sie bezwecke die Fällung der sozialdemokratischen Parteikasse. So schreibt die „Kreuz-zeitung“ u. a.:

Wie von sozialdemokratischer Seite mitgeteilt wird, ist die von den Gewerkschaften gemeinsam mit den „freien“ Ge-nossenschaften behufs Propaganda für die Re-volutionspartei geführte Volksfürsorge vom Ausschussamt in Berlin genehmigt worden. Sobald die Firma in das Handelsregister von Hamburg ein-getragen sein wird — was erst erfolgen kann, wenn die Ausfertigung der Konzession durch das Ausschussamt vorliegt —, soll die neue sozialdemo-kratische Einrichtung ins Leben treten. Die so-zialdemokratischen Partei, Gewerkschafts- und Ge-nossenschaftsorganisationen haben bereits mit langer Hand die Vorbereitungen getroffen, um mit aller Energie den Geschäftsbetrieb der sogenannten Volksfürsorge aufzu-nehmen. Das Bürgeramt hat alle Ursache, so rasch wie möglich Gegenmaßnahmen zu treffen. Und in einer aus Versicherungsinteressenten kom-menden Notiz wird behauptet:

Die Gründung der Volksfürsorge ist ein weiteres Glied in der Kette der Bestrebungen der sozialdemokratischen Partei, um immer weitere Kreise unserer deutschen Arbeiterbevölkerung in den Bann ihrer staatsfeindlichen Ideen zu ziehen und auf diese Weise den Mitgliederbestand und die Kapital-kraft der Partei zu stärken. Bis hierher konnten solche Dinge straflos behauptet werden. Nachdem die Volksfürsorge durch Eintragung in das Handels-register juristische Rechte erworben hat, werden ihre Gegner Zungen und Federn wohl eher über Zügel anlegen müssen, wenn anders sie nicht die schmerzhafteste Erfahrung machen wollen, daß Verleumdern durch die Berichte der losen Mund gestopft werden kann.

Aus dem Gerichtssaal.

Nach 15 Jahren freigesprochen. Von demselben Ge-richtshofe, der ihn im Jahre 1897 in contumacia zum Tode verurteilt hatte, ist ein Mörder namens Tibuol Baloppi in Carcaffono freigesprochen worden. Baloppi war seinerzeit flüchtig geworden und hatte sich, von Gewissensbissen ge-trieben, nach 15 Jahren freiwillig den Richtern gestellt.

Aus Nah und Fern.

Was telegraphiert wird: Berlin, 24. Mai. Die Speisefolge der Hochzeitstafel im Kaiserhaufe lautet: Schild-krötensuppe, Ostender Steinbutten, Poularde auf italienische Art, 1893 Steinberger Rabinett, Englischer Hummeralat, Schinkenauflauf mit frischen Morcheln, 1904er Heidsieck u. Co., Artischocfenböden mit Mart, 1878 er Chateau Margaux, Holländische Bombe, 1855er Tolaner, Käsefangen, Nachtisch. — Welch ein Glück für den „Untertan“, wenn er rechtzeitig erfährt, was die „höchlichen“ und „allerhöchlichen“ Herrschaften gegessen und getrunken!

Der Gleichmütige. Der „Vorwärts“ erzählt folgende Anekdote: „Draußen in meinem Landhäuschen, so nah an Berlin und doch so fern von seinem Weltstadt- und Hoch-zeitstrudel, war mir der Gedanke „der Zar kommt“, kaum bis ins Unterbewußtsein gedrungen. Da klingelte am Tele-phon, und ein großmächtiger Verwandter, einer von denen, welchen man nichts abschlagen darf, fragt mich, ob ich von seinem Bau aus den Einzugs mitanzusehen wollte. Also machte ich mich auf und suchte mir auf dem Baugerüst einen lusti-gen Platz aus, von dem ich die Linden weit übersehen konnte. Der Farbenglanz nahm mich schnell gefangen und gespannt erwartete ich den Augenblick der Erfüllung, da Zar und Kaiser vorüberfahren sollten. Der Augenblick kam, vor-her angekündigt durch die Kommandoworte und das Präsen-tieren der Soldaten. Aber schnell war er vorüber; ich hatte offenbar noch nicht genug genossen, denn ich wandte mich an einen Bauarbeiter neben mir mit der Frage, ob das schon alles gewesen wäre — wobei ich anscheinend dem Arbeiter bessere Beziehungen zu „oben“ zutraute als mir. Dieser ant-mortete aber anders als ich erwartete: „Sehen Sie den Was-gel dort auf dem Ast? Es ist ein Weibchen und auf seinem Nest; es brütet seine Jungen aus; jetzt sind sie schon ausge-trocknet, aber die Alte paßt mächtig auf sie auf. Und auch heute hat das Tierchen seine Pflicht nicht veräußt. Sehen Sie sie jetzt? — Der Kopf ist gerade nach dem Brandenbur-ger Tor gerichtet und glauben Sie, es hat seinen Kopf auch nur ein Idechen nach links gedreht, als der Zug unter dem Lärm der Musikkapellen und dem „Hurra, hurra, hurra“ der Regimenter passierte? — Keine Spur!“ Soweit mein Bau-arbeiter; ich bot ihm eine Zigarre an und fand, daß seine Erzählung auch eine Antwort war. Jedenfalls stieg ich von meinem hohen Balkone hinab und machte mich mit doppel-tem Eifer an meine Arbeit.“

Abgefüßt. Zwei Studenten der Universität Lausanne unternahmen eine Tour auf den Rocher de Maya. Beim Ab-stieg glitt der eine aus, Ruth Weihen aus Norddeutschland stürzte über die Felswand ab und war sofort tot. Die Leiche wurde durch Holzbohrer nach Montbovon gebracht.

2 Kinder verbrannt. In dem Brande eines Man-sardenzimmers in der Eifelstraße in Köln sind Sonnabend morgen die beiden Kinder eines Tapeziers, zwei Knaben im Alter von fünf Jahren und achtzehn Monaten verbrannt oder erstickt.

Durch eine Kesselleckung bei hydraulischen Arbeiten im Hafen von Buenos Aires sind gestern zwölf Per-sonen getötet und zwanzig verletzt worden.

Verhaftung des Pariser Automobilräubers. Das der Firma Genard und Walter geraubte Automobil ist in Gillingen-Brand wieder gefunden worden. Der Räuber war in Begleitung seiner Geliebten in diesem Dorfe gestern abend spät angekommen. Die Bürger des Dorfes benachrichtigten die Polizei von Saint Quentin noch in derselben Nacht. Diese erschien heute früh auf der Bildfläche. Als der Räu-ber der Polizisten ansichtig wurde, flüchtete er durch eine Hintertür, während seine Begleiterin festgenommen und ab-geführt werden konnte. Die ganze Bevölkerung machte sich an die Verfolgung des flüchtigen Räubers, der gegen Glattens auf seine Verfolger ab, ohne indes jemand zu treffen. Ein Bauer, der sein Gewehr mitgebracht hatte, verwundete den Flüchtling durch einen Schuß. Daraufhin konnte der Räuber festgenommen werden.

Kulturbild. Zwei Bauernbüchsen, der Knecht Karl Luger aus Stambach in Oberösterreich und sein Kamerad Josef Lazar, machten dieser Tage im Dorfmitzshause bei Altenmarkt a. d. Isper eine unsinnige Wette. Luger

hatte am Felde eine Kröte gefangen und brachte das Tier in das Gastlokal. Dort ging der Bursche mit Lärz eine Wette ein, die Kröte lebend zu lassen. Als Ginfah galten zehn Kronen und fünf Liter Bier. Die anwesenden Gäste hielten die Wette der angeheiterten Bauernburschen für einen schlechten Scherz. Lärz machte sich aber sofort an die eifrig Mahlszeit und verkehrte tatsächlich einige Teile der lebenden Kröte. Bald stellte sich jedoch Übelkeit ein und nachdem er noch einen Liter Bier ausgetrunken hatte, stürzte er plötzlich zusammen und wand sich unter furchtbaren Schmerzen. Trotz verabreichter Gegenmittel war der Bursche nach einer halben Stunde eine Leiche.

Ein Mackerer? Ein Mann namens Duval, der kürzlich aus dem Militärgefängnis in Alibertville entlassen worden war, hat durch Revolvererschüsse den Inspektor des Gefängnisses, Hauptmann Carellier, und einen Sergeanten schwer verwundet. Nachdem der Täter durch die verfolgenden Personen verletzt worden war, schob er auf sich selbst und brachte sich am Kopfe eine schwere Wunde bei.

Der georgische Gottesgnadenstümmel. In Gattinje erregt nach einer Mitteilung der „Frankf. Ztg.“ vom 23. Mai ein Standa gewaltiges Aufsehen, dessen Held der zweite Sohn des Königs, Prinz Mirko ist. Mirko weilte in Antivari und hatte in dem einzigen dortigen Hotel Wohnung genommen. Vor drei Tagen zwang er am Abend die Gattin des Hoteliers, nicht sein Zimmer zu verlassen. Er verschloß die Tür, so daß die Frau um Hilfe schrie. Der Hotelier drang mit einer Axt und mit einem Revolver bewaffnet in das Zimmer ein und gab dem Prinzen ein paar scharfe Ohrfeigen. Dann küßte er die Prinzessin und begab er sich wieder nach Gattinje. Der Hotelier aber meldete an den Vater Mirkos, an den König, einen Befehl zu erlassen und der König hat ihm jetzt mitteilen lassen, daß den Prinzen eine sehr empfindliche Strafe treffen werde.

Die vornehme Mörderin. Frau Dr. Blume, die vornehme Gattenmörderin, ist dieser Tage aus dem polen Untersuchungsgefängnis nach dem Zentralgefängnis in Wronke übergeführt worden. Natürlich vollzog sich diese Überführung anders als bei gewöhnlichen Verbrechern. Frau Dr. Blume wurde nicht im grünen Gefängniswagen, sondern in einer eleganten Droschke nach dem Hauptbahnhofe gebracht. Ihr Transporteur war auch nicht ein uniformierter einfacher Gefängniswächter, sondern ein schneidiger besserer Beamter. Ebenso war Frau Blume in höchst moderner Toilette erschienen. Ihr im Gefängnis geborenes Kind, das bisher beim Konsistorialpräsident Balan untergebracht war, bekommt sie mit in das Gefängnis. Frau Dr. Blume wird im Gefängnis in Wronke mit Anfertigung von Spitzen, natürlich nur feiner, beschäftigt und hofft auf ihre Begnadigung in etwa anderthalb bis zwei Jahren. Man vergleiche damit die Art, wie oft genug in Preußen sozialdemokratische Redakteure behandelt werden!

Über die Katastrophe des „Zenegal“ veröffentlicht die „Daily Mail“ folgenden telegraphischen Bericht aus Smyrna: Es bestätigt sich nunmehr, daß drei Männer und eine Frau dem Schiffsunfall, soweit sich bis jetzt feststellen läßt, zum Opfer gefallen sind. Der französische Dampfer „Brui“ ist auf der Unfallstelle eingetroffen und seine Taucher suchen nach weiteren Leichen. Auf dem „Zenegal“ sind die Rabinnen der Matrosen und Geizer sowie die Vorratsräume durch die Explosion vollkommen zerstört worden. Die abgeklaffenen Schotten leisteten glücklicherweise dem Wasser Widerstand, so daß es verhindert werden konnte, daß die Wassermassen in die anderen Teile des Schiffes eindringen vermöchten. Die Rettung der Passagiere und der Mannschaften ist lediglich der Geistesgegenwart des Kapitäns zu verdanken, der sich gerade auf der Kommandobrücke befand und das Schiff direkt ans Ufer steuerte und es auflaufen ließ, als das Vorderende gerade zu sinken begann. Offiziere und Mannschaften zeigten bewundernswerte Kaltblütigkeit und taten alles, um eine Panik unter den Passagieren zu verhindern. Die Post konnte gerettet werden. Die Unfallstelle ist circa 200 Meter von der von den Türken als gefährlich bezeichneten Zone entfernt. Das Schiff hat eine Größe von circa 25 Quadratmeter. Das Unglück scheint dadurch hervorgerufen zu sein, daß sich eine der Minen lösgemacht hat.

Eine Universität in den Tropen. Es gibt nicht eine einzige Universität, die zwischen den Wendekreisen gelegen wäre. Die in der Hauptstadt von Mexiko und in Rio de Janeiro vorhandenen wissenschaftlichen Institute können trotz einzelner tüchtiger Leistungen mit dem Namen einer Hochschule nicht belegt werden. Seit einiger Zeit wird nun die Frage erörtert, ob nicht die Begründung einer ständigen Universität in den Tropen für den Fortschritt der Wissenschaft von großem Nutzen sein würde. Am besten haben die Franzosen in Hanoi, der Hauptstadt von Tonkin, und die Amerikaner in Manila auf den Philippinen gezeigt, was auf diesem Wege zu leisten wäre, und namentlich die Institute von Manila haben bereits auf wichtige Ergebnisse hingewiesen. Die Engländer wollten nun in ihrem Weltreich endlich auch eine derartige Einrichtung schaffen. Nachdem zu diesem Zweck die Insel Trinidad in Westindien als besonders geeignet vorge schlagen worden war, legt jetzt ein Mitarbeiter der „Nature“ eine Vange für Britisch-Guayana ein. Danach soll dieses Gebiet und insbesondere die Ortshafstadt Kairobi ein idealer Platz für eine Tropenuniversität sein. Kairobi liegt an der Eisenbahn von Kambassa nach dem Viktoriassee, etwa halbwegs zwischen diesem und der Meeresküste, von der aus es mit dem Zug in einem Tage zu erreichen ist. Die Entfernung vom Äquator beträgt nur 100 Kilometer. Die Küste des Viktoriassees und der großen Vulkan des Kenia und Kilimandscharo heißen den Naturforscher unerschöpfliche Aufgaben. Ueberhaupt ist dieser Teil Afrikas von großer Mannigfaltigkeit in jeder Hinsicht. Der Boden steigt von der Küste zu Hochländern von 2000 Meter und auf diesen zu Gebirgen von 1000 bis 6000 Meter Höhe an, die über die Schneegrenze hinausragen. Besteht mit größtem Regenreichtum wechseln mit fast regenlosen Wäldern ab, dementsprechend auch sehr gesunde Landschaften mit solchen, die für den Europäer unbewohnbar sind. Aber auch alle anderen Eigenschaften von Britisch-Guayana in der Zusammenfassung des Bodens, in der Abwechslung der Vegetation, in der Dichte und vielverschiedenen Eingeborenenbevölkerung weisen eine solche Fülle von Erscheinungen auf, die der genauen Erforschung würdig wären, so daß Kairobi als Sitz einer Universität vielleicht wirklich nicht so ideal wäre. Allerdings würde die Tätigkeit und auch die Zahl sowohl der Professoren als auch der Studenten dort wohl ein wenig anders ausfallen als auf einem europäischen Hochschule.

Gezetz in der Weltanschauung in Gené. In Gené der Weltanschauung brach gestern nachmittags ein großes Schandenschauspiel aus, das laut schneller Hilfe auf keinen Fall beherrscht werden konnte. Das Café Jillettal und der Hindu-Berlin wurden zerstört. Die Brandstätte ist 150 Quadratmeter groß. Unfälle haben sich nicht ereignet. — Eine weitere Katastrophe bringt die Weltanschauung in Gené. In der Stadt Gené wurde gestern das Schauspiel der Weltanschauung von 1919, durch eine Feuersturm zerstört zu werden. Um 4 Uhr nachmittags brach in der Nähe des Restaurants Jillettal ein Brand aus, der in wenigen Minuten das ganze ausgebrachte, nur aus leichten

Fachwerk erbaute Lokal ergriffen hatte. Das Feuer sprang mit großer Schnelligkeit auf den Bau von Juden über, der zwar noch nicht eröffnet ist, aber bereits wertvolle Ausstellungsgegenstände enthält. Durch die große Hitze und die Flammen wurde auch der Pavillon England bedroht. Das Restaurant Jillettal, der indische Pavillon und ein Verwaltungsgebäude wurden vollständig eingeschleiert, auch ein Teil der englischen Abteilung ist stark beschädigt worden. Man hatte die größte Besorgnis für den in allerhöchster Nähe befindlichen Kuntpalast, in dem sich bereits eine bedeutende Ausstellung älterer und moderner Gemälde im Werte von vielen Millionen befindet. Es gelang mit großen Wassermassen, ein Uebergreifen des Feuers zu verhindern. Die vom Feuer ergriffenen Gebäude bilden einen glühenden Trümmerhaufen. Gegen 6 Uhr erloschen alle Gefahr für die Ausstellung besichtigt.

Untergang eines Dampfers vor Smyrna. Der unter amerikanischer Flagge fahrende Dampfer „Nevada“ von der Gesellschaft Hadjibout geriet beim Auslaufen aus dem Hafen von Smyrna in die Linie der ausgelegten Minen. Das Vorderende des Schiffes gegen eine Mine, kurz darauf gegen eine zweite und dritte. Es ereignete sich eine Explosion, doch weiß man nicht, ob diese infolge der Berührung mit einer neuen Mine erfolgte, oder ob es sich um eine Kessel-explosion handelte. Das Schiff ging sogleich unter. Der Dampfer hatte 200 Passagiere an Bord, von denen 80 von dem französischen Kreuzer „Brut“ gerettet wurden. Demnach wären 120 Personen dem Element zum Opfer gefallen.

Vereinfachte Justiz. Zwischen den Stationen Poroi und Anghista sind zwei Eisenbahnzüge zusammengestoßen, wobei die Lokomotiven beider Züge zertrümmert wurden. Die Schuld an dem Zusammenstoß soll der Chef der Bahnstation Anghista tragen, der militärischem Kommando untersteht. Er soll auf Befehl des Bahnspektors Obersten Zwanev erschossen worden sein.

Schweres Unglück. Auf dem Municipalpier in Longbeach (Kalifornien), wo die englischen Einwohner der Stadt den Empire Day feierten, stürzte eine zwanzig Fuß hohe, überfüllte Zuschauertribüne ein. Das Unglück verursachte furchtbare Panik, der gegenüber die Polizei machtlos war. Nach dem Einsturz war der Strand mit schreienden und sich in Krämpfen windenden Menschen bedeckt, von denen zahlreiche verwundet waren. Fünfzig bis sechzig Personen dürften ums Leben gekommen sein. 35 Leichen sind bereits geborgen worden, meistens Frauen und Kinder.

Eine Familie überfahren. Ein Straßenbahnwagen, dessen Bremse nicht funktionierte, fuhr im Zentrum von Petersburg in eine Familie hinein, die im Begriff war, das Gleise zu überqueren. Der Mann und die Frau wurden auf der Stelle getötet, während die beiden Söhne schwere Verletzungen davontrugen.

Überschwemmung in Bosnien. In ganz Bosnien ist infolge andauernden Regens Hochwasser eingetreten. Auch in der Umgebung von Sarajewo ist alles überschwemmt. Aus dem Innern des Landes kommen Nachrichten über den großen Schaden, der von den angeschwollenen Flüssen und Bächen angerichtet wurde. Der Eisenbahnverkehr wurde auf einige Tage unterbrochen. Die Strecke bei Sarajewo ist auf mehrere Kilometer unterwaschen und unpassierbar. Mit Hilfe von Militär sind die Wiederherstellungsarbeiten aufgenommen worden. Auch die Telegraphen- und Telephonleitungen sind teilweise zerstört. Das Militärheimgazin wurde überschwemmt. Zur Vergung der Genorräte wurde eine Abteilung Sappeure mit Pontons kommandiert. Auf einem Ponton befanden sich der Reservekadett Chobakowski der Artillerie aus Kympolung und der Sappeurcorporal der Reserve Deszoe aus Iljso-walwa. Der Ponton wurde von der Strömung erfaßt und kenterte. Die beiden Jünglinge fielen ins Wasser und ertranken. Ihre Leichen wurden geborgen. Chobakowski war Bezirksrichter; Deszoe hinterläßt eine Frau und vier kleine Kinder.

Unter dem Verdacht des Mädchenmordes verhaftet. Im Hafen von Antwerpen wurde der Arbeiter Ernst Holtzhaus aus Herlohn auf Veranlassung des hiesigen Untersuchungsrichters wegen Mordverdachts verhaftet, als er gerade an Bord eines holländischen Dampfers aus Ostasien zurückkehrte. Der Verhaftete unterhielt bis zum September 1911 in Hagen i. W. mit einem achtzehnjährigen Mädchen ein Liebesverhältnis. In der Nacht vom 23. auf 24. September 1911 verschwand das Mädchen spurlos, nachdem es mit Holtzhaus die ganze Nacht auf einem Ball geweilt war. Ende September verschwand auch Holtzhaus. Es wurde festgestellt, daß er sich nach Ostasien begeben habe. Vor einigen Tagen erhielt die Staatsanwaltschaft in Hagen Kenntnis von seiner bevorstehenden Rückkehr nach Antwerpen und ließ ihn dort verhaften. Für die Aufwindung der Leiche des Mädchens ist eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt worden.

Drei Dampfer an der englischen Küste gescheitert. Der Dampfer „Maioresie“, von Liverpool kommend, erlitt Sonnabend früh im Nebel auf dem North Sea off bei Solihad Schiffbruch. Er rannte mit großer Gewalt auf den Felsen und konnte nicht wieder flott werden. Da die Nacht sehr dunkel war, hatte das auf die Signale des Dampfers herbeigeeilte Rettungsboot mit übermenschlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Dennoch gelang es, Frauen und Kinder an Bord eines ebenfalls herbeigeeilten Schleppers zu bringen; aber während noch der Kapitän und ein großer Teil der Mannschaft an Bord des Dampfers war, kippte dieser nach vorn um und schob senkrecht in die Tiefe. Fast unmittelbar darauf schob eine dicke Dampfsäule aus dem Wasser auf. Der Kapitän und die Mannschaft waren im kritischen Augenblick ins Wasser gesprungen und schwammen Stundenlang in der Finsternis umher, ehe sie aufgegriffen werden konnten. Vier Seeleute kamen aber nicht mehr zum Vorschein. — Bei Hartland strandete ferner ein griechischer Dampfer im Nebel und schaukelte gefährlich auf einem Felsen. — Auch der Dreimeister „Gromdale“ von Aberdeen strandete im Nebel bei der Halbinsel Lizard in Cornwall.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Betreffs des Artikels: Lohnabzüge bei der Firma Carl Thiel & Söhne, sehe ich mich veranlaßt ein paar Zeilen zur Richtigstellung der Vorfälle bei genannter Firma folgen zu lassen. 1. Sind es keine Lohn-, sondern Akkordabzüge. 2. Möchte ich bitten, auf welche Art bei den letzten Lohnabzügen die Oesterreicher mitgewirkt haben, daß immer

weder die paar Mann gegen 1—500 Deutsche in Frage kommen sollen, vielleicht 1906 oder 1912? Soviel mir bekannt ist, hat Herr Thiel jedesmal etwas bewilligt, obwohl jedesmal die „verfüchten“ Oesterreicher beschäftigt waren. Es freut mich aber, daß die Oesterreicher nicht unter den Oesterreichern, sondern gerade in den Reihen der Deutschen zu finden waren. Dann möchte ich den oder die Schreiber des betreffenden Artikels fragen, ob sie nicht den klauen Gang des Geschäftes auch den Oesterreichern in die Schuhe schieben wollen, denn aus Mangel an Arbeit sind welche entlassen worden, und daß solche den Artikel in gereizter Stimmung geschrieben haben, kann jeder Unbetheilte zwischen den Zeilen lesen. Ich will hoffen, daß diese Zeilen mit dazu beitragen, nicht noch mehr Uneinigkeit unter die Arbeiter zu streuen. Zuletzt möchte ich den den Oesterreichern feindlich Gesinnten noch zurufen: Wer Unfrieden sät, kann auch nur solchen ernten! J. K.

Von der hiesigen Zeitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wird uns zu vorstehendem Eingekauft geschrieben: Ein J. K. sieht sich genötigt, den in Nr. 116 des „Lübecker Volksboten“ erschienenen Artikel „Lohnabzüge und Arbeiterentlassungen bei der Firma Thiel & Söhne“ richtig zu stellen.

Es wird berichtet, daß keine Abzüge vom Lohn, sondern vom Akkord gemacht seien; das stimmt, aber ist es nicht das selbe, als wie vom Lohn, wenn ausschließlich im Akkord gearbeitet wird? Jeder Arbeiter hat dadurch einen bestimmten Lohnausfall pro Woche oder sagen wir weniger Verdienst. Der Schreiber vorstehender Zeilen sollte doch wissen, daß die Brenner im Jahre 1912 deswegen 4 Wochen gestreift haben und das, was sie dabei errungen und was ihnen von Herrn Thiel zugestrichelt worden ist, soll ihnen heute wieder abgezogen werden. Die Wortklaubererei könnte sich J. K. also sparen. Von Lohn kann bei der Firma überhaupt keine Rede sein; von 27, 29, 30 bis 40 Pfg. Stundenlohn, welcher bei der Firma gezahlt wird, kann wohl nichts mehr abgezogen werden. Was der Eisenber damit meint, ob bei der Lohnbewegung 1906 oder gar 1912 Oesterreicher oder Böhmen Ausreisepässe geleistet haben, wissen wir nicht, ist auch gar nicht behauptet worden; wir haben nur behauptet, daß die Firma Leute, nicht nur Oesterreicher, Böhmen, sondern auch Deutsche unter ganz kniffligen Schreibern nach hier holt. Wenn dieselben einige Wochen gearbeitet haben, werden sie gewahrt, daß die Versprechungen nicht zutreffen. Gegen die Arbeiterentlassungen haben wir wenig einzuwenden gehabt, und können es auch nicht bei der Firma verdenken, wenn sie keine Arbeit hat, daß sie dann Leute beschäftigt. Aber wie sieht die Sache in Wirklichkeit aus? Einen Tag entläßt die Firma Leute, die sich nicht so willenslos gezeitigt haben, und den anderen Tag werden andere eingestellt, welche sich die Finger — um mit Herrn Thiel zu reden — nach seiner Arbeit lecken. Im übrigen legen wir wenig Wert auf das Geschreibsel des J. K., weil wir annehmen, daß er nur eine gehobene Person ist.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Lübeck.

Zur Aufklärung.

In den verschiedenen Zeitungen ist in oft kurzen Zeiträumen zu lesen, daß Leute, die angeblich von Beruf Hausierer sind, die verschiedensten Verbrechen begangen haben sollen, wie Diebstähle, Bettel etc.

Erweisermaßen hat man es jedoch hier höchst selten mit wirklichen Hausierern zu tun, sondern fast stets mit Personen, welche ihre sträflichen Absichten unter dem Deckmantel eines Hausierers auszuführen suchen. Dieselben tragen ihre „Ware“ zumeist verdeckt in den Taschen ihrer Kleider oder in sonstigen unauffälligen Behältern. Man soll sie äußerlich, besonders auf der Straße als „Hausierer“ nicht erkennen, weil sie sonst Gefahr laufen, durch einen Polizeibeamten nach der Gewerbelegitimation gefragt zu werden, doch da diese Elemente eine solche nicht haben, auch niemals erlangen können, so wäre die stete Folge eine empfindliche Strafe wegen Gewerbeverhinderung. Unauffällig ziehen sie daher von Haus zu Haus, bis sie eine Gelegenheit zur Ausführung ihres Vorhabens gefunden haben. Es ist also nicht richtig, solche Leute, welche nicht im Besitze eines Gewerbeheimes sind, als Hausierer zu bezeichnen.

Einen Gewerbeheime erhält nur ein in seiner moralischen Qualität von den Behörden aufs sorgfältigste geprüfter Mensch. Man wird deshalb unter den Hausierern, die mit einem solchen Schein versehen sind, schwerlich schlechte Charaktere finden.

Jene Elemente, welche den Hausiererstand verunglimpfen, sind keine Hausierer, sondern dieselben benutzen diesen Beruf nur als Deckmantel ihrer Vergehen; es sind gewöhnlich Schwindler, welche einmal diesen und einmal jenen Beruf ergreifen. So versuchen auch oft Betrüger den Hausiererberuf als Deckmantel zu benutzen, durch sie ist besonders der Hausiererstand stark kompromittiert worden, so daß man jetzt vielfach an Haus- und Zimmertüren Schilder mit der Aufschrift „Betteln und Hausieren verboten“ findet. Hier wird also quasi der Hausierer dem Bettler gleichgestellt.

Es ist dies ein vielleicht irrträumliches Anrecht, denn es ist doch ein sehr großer Unterschied zwischen Hausierern und Bettlern, wie es aus dieser Aufklärung ersichtlich ist. Ebenso ist es auch ein, vielleicht unbewußte, Beschimpfung des gesamten Hausiererstandes, zu dessen Angehörige viele Leute zählen, welche alt sind, aber in Ehren ihr graues Haupt tragen, wie Veteranen, Invaliden, die von der fälligen Rente allein nicht ihr Leben fristen können, sowie Leute, welche durch äußere oder innere Leiden verhindert sind, Fabrikarbeit zu tun, welche jedoch zu stolz sind, ins Armenhaus zu gehen, sondern für sich und ihre Angehörigen mühsam, aber ehrlich ums tägliche Brot kämpfen. Hat der geneigte Leser schon bedacht, welchen betäubenden Eindruck es auf solche Leute machen muß, mit einem Bettler gleichgestellt zu werden?

Man bedenke auch ferner, daß der Staat jährlich eine beachtenswerte Summe an Gewerbesteuer, außer der gewöhnlichen Steuer, meist 24—60 Prozent erhält.

Es ist also nicht recht, durch derartige Schilder Hausierer und Bettler auf die gleiche Stufe zu stellen, daher fort mit den Schildern „Betteln und Hausieren verboten“! Sollten solche an Bureaus oder an Türen noch nicht gestört sein wollenden Privatleuten unbedingt notwendig sein, so genügen jedoch jedenfalls auch Schilder mit der einfachen Aufschrift „Hausieren untersagt“! Denn da wird ein Bettler schon naturgemäß auch nicht anklopfen. Dem Hausiererstande wird dann aber eine indirekte Beschimpfung genommen. Jeder ehrliche Beruf sucht seinen guten Ruf zu erhalten, oder möchte der Leser seinen Stand verunglimpfen? Doch sicher nicht! Also: „Was Du nicht willst, daß man Dir tu, füg' auch keinem andern zu“! Auch der Hausierer hat seinen ehrlichen Beruf, und auch er möchte diesen nicht beschimpft sehen; darum nochmals: Fort mit den Schildern: „Betteln und Hausieren verboten!“

Zentralverband der Handelsleute und Berufsgenossen Deutschlands, Sitz Berlin.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung
Verleger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.